Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1922

253 (30.10.1922)

Visual Library

No 255 Karlsruhe, Montag den 30 Oktober 1922 42. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 165 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 165 M; in der Geschäftsstelle und bei unsern Karlsruhern Ablagen abgeholt 150 M monatlich. Einzelexemplare 7 M.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einspaltige Kolonelzeile 15.— M, auswärts 18.— M. Die Reklamezeile 60.— M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluß 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Beratungen in Berlin zur Verhütung der deutschen Wirtschaftskatastrophe

Indiskretionen von Regierungsmitgliedern

Die Beratungen der von den Parteiführern eingesetzten ersten Unterkommission über die Vorschläge der Sozialdemokratie zur Stabilisierung der Mark wurden am Samstag vormittag aufgenommen. Die Besprechungen, die als vertraulich erklärt wurden, sollen am Sonntag vormittag fortgesetzt werden.

Die sozialdemokratischen Vertreter beschwerten sich entschieden über die Art der Berichterstattung der bürgerlichen Presse von der letzten Parteiführerbesprechung. Die bürgerlichen Parteien stellten fest, daß die ausführlichen Informationen der bürgerlichen Presse über die Parteiführerbesprechung nicht von ihren an der Beratung beteiligten Mitgliedern stammen. Daraus ergibt sich, daß die Indiskretionen nur von einem Vertreter der Regierung begangen wurden. Dieser Fall steht nicht vereinzelt da! Es wäre deshalb ratsam, wenn sich die Regierung, die mit den Besprechungen betrauten Beamten näher ansehen würde!

Zusammentritt des sozialdemokratischen Fraktionsvorstandes

Die von der Reichstagsfraktion eingesetzte Verhandlungskommission hat es für notwendig gehalten, den Vorstand der Sozialdemokratischen Fraktion, der aus etwa 20 Mitgliedern besteht, zu Montag vormittag 10 Uhr einzuberufen. Der Fraktionsvorstand wird in dieser Sitzung zu der Lage Stellung nehmen, die sich aus den bisherigen Verhandlungen mit den Parteien der Arbeitsgemeinschaft ergeben hat.

•

Der Zusammentritt des Vorstandes unserer Reichstagsfraktion kennzeichnet den Ernst der gegenwärtigen innerpolitischen Lage. Die Sozialdemokratie ist sich klar darüber, daß zurzeit auch auf unsere außenpolitische Lage bei der Erörterung innerpolitischer Fragen Rücksicht genommen werden muß, d. h. jedoch nicht, daß wir eine Verschleppungstaktik dulden müssen, die sich in Anbetracht unserer augenblicklichen wirtschaftlichen Lage nur zum Schaden des Volkes auswirken kann. Der Fraktionsvorstand wird sich deshalb insbesondere mit dem Gang und der Art der Verhandlungen beschäftigen und darüber beschließen, ob die Situation eine Einberufung der Gesamtfraktion notwendig macht. Wenn die Gesamtfraktion nicht sofort einberufen wurde, so lediglich mit Rücksicht auf die sächsischen Landtagswahlen, zu denen der größte Teil der Fraktionsmitglieder schon seit längerer Zeit verpflichtet ist.

Von der Währungskonferenz

Berlin, 28. Okt. (Privattel.) Laut „Berliner Tageblatt" wird die erste Sitzung der in Berlin stattfindenden Währungssachverständigenkonferenz am Donnerstag unter dem Vorsitze des Reichsbankpräsidenten Havenstein abgehalten. Es verlautet, daß einige der Sachverständigen bereits fest umrissene Pläne ausgearbeitet haben, die sie der Konferenz vorzulegen gedenken. Als Ergebnis der Beratungen erwartet man die Formulierung eines ausführlichen Gutachtens. Von seiten der deutschen Regierung will man keinerlei Einfluß auf die Verhandlungen ausüben, damit ein gänzlich unbefangenes Gutachten zustande kommt.

•

Die deutsche Regierung steht vor neuen weittragenden Entscheidungen. Innerpolitisch müssen endlich Maßnahmen durchgeführt werden, die der erbärmlichen Spekulationswut und Devisenhamsterei vorbeugen. Außenpolitisch wird sie durch die Ankunft der Reparationskommission wahrscheinlich ebenfalls vor eine neue Situation gestellt werden. **In dieser ernsten Zeit kommt der Appell des englischen Ministerpräsidenten an die französische Regierung zur Mäßigung und der Ausspruch, daß es augenblicklich unmöglich ist, Deutschland irgend etwas abzunehmen, dem deutschen Volke gewissermaßen als Trost zugute.** Aber was nützt uns dieser Trost? Auch während der Regentschaft Lloyd Georges scholl von jenseits des Kanals mancher Trostruf nach Deutschland hinüber. Leider blieb es bei den Vertröstungen, und der aus der wirtschaftlichen und politischen Situation geborenen Erkenntnis folgte nur selten, und wenn, dann nur in geringem Maße, die Konsequenz. Einsicht hat man langsam in sämtlichen europäischen Staaten gewonnen, entsprechend der Einsicht aber konsequenz zu handeln, hat man bis heute noch nicht fertig gebracht. Ob durch den Regierungswechsel in England diese Inkonsequenz fortbestehen soll, müssen wir vorläufig abwarten. Aber das Eine sei auf die anerkennenswerten Aeußerungen des englischen Ministerpräsidenten erwidert, daß Deutschland bald zugrunde gehen muß, wenn auch er nicht schnell seiner Einsicht die Tat folgen läßt.

Am Sonntag trifft die Reparationskommission in Berlin ein. Sie ist das Organ, das die in Europa bestehende Einsicht über eine notwendige Aenderung zum Beschluß erheben kann. Dazu beizutragen liegt in der Macht der englischen Regierung.

Differenzen wegen der Neuregelung der Löhne der Arbeiter in den Reichsbetrieben

Verhandlungen über Neuregelung der Beamtengehälter

Die am 25. Oktober begonnenen Verhandlungen über die Neuregelung der Gehälter für die Beamten und Arbeiter des Reiches haben zu einer ernsten Krise geführt. Bei der letzten Aenderung der Besoldungsordnung gelang es den Gewerkschaften zwar, mit Unterstützung des Reichstages die prozentuale Frauenzulage zu beseitigen, aber die Zulagen fanden besonders in den unteren und mittleren Besoldungsgruppen keinen Beifall. Die Gewerkschaften beantragten bei Beginn der Beratungen über die Teuerungszulage für die Lohnempfänger gleichzeitig über neue Erhöhungen der Beamtengehälter zu verhandeln. Die Regierung lehnte das unter Hinweis auf die eben erfolgten Beschlüsse des Reichstages ab. Für die Arbeiter schlug sie eine Erhöhung der Stundenlöhne um 5 M ab 16. Oktober vor, außerdem erklärte sie sich bereit, einen Vorschuß von 1000 M zu zahlen. Am 26. Oktober ging sie insofern über ihr erstes Angebot hinaus, als sie für die erste Oktoberhälfte eine Stundenzulage von 5 M bewilligte, zu der in der zweiten Hälfte des Monats weitere 5 M und ab 1. Nov. 12 M kommen sollten.

Die Gewerkschaften schlugen für Oktober eine Pauschalzulage von 3900 M abzüglich des Vorschusses von 1000 M vor. Diese Zulagen würden ungefähr den Erhöhungen der Beamtengehälter entsprechen. In dieser Form wurde auch bisher die Lohnfrage für den Arbeiter geregelt. Die Regierung erklärte aber, diesen Vorschlag nicht akzeptieren zu können, da sie die Beamten über die Arbeiter hinausheben wolle. Sie schlug für die Arbeiter über 24 Jahre eine Zulage von 1000 M + 800 M Frauenzulage und 300 M für jedes Kind vor, die Handwerker sollten 100 M mehr bekommen und die Spannung zwischen den Ortsklassen soll 40 M betragen. Die Gewerkschaften verwarfen diesen Vorschlag und brachen die Verhandlungen ab, da die Regierung über ihr Angebot nicht hinausging.

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat den A.D.G.B. um seine Vermittlung gebeten, und es ist zu hoffen, daß auf diesem Wege eine Einigung erzielt wird.

•

Die von den Beamtenorganisationen angestrebten neuen Verhandlungen über Neuregelung der Gehälter der Beamten werden voraussichtlich am kommenden Mittwoch im Reichsfinanzministerium beginnen. Am Montag treten zunächst die Vertreter der Länder zusammen.

Der Vorstand des A.D.G.B. hat sich Samstag vormittag auf Ersuchen des Vorstandes des Deutschen Eisenbahnerverbandes zum Reichskanzler begeben, um ihn zu ersuchen, für schnelle Aufnahme neuer Verhandlungen über die Oktoberlöhne der Staatsarbeiter einzutreten. Für die Festsetzung der Novemberlöhne hat der Reichsfinanzminister zum kommenden Dienstag Verhandlungen angesetzt. Vielleicht werden bei diesen Verhandlungen auch die Oktoberlöhne mitgeregelt.

Der Faszisten-Spuck in Italien

WTB. London, 28. Okt. Die „Times" melden: Eine heute morgen aus Italien eingetroffene Meldung vom 27. Oktober besagt, daß die Faszisten um ½12 Uhr eine gemeinsame Aktion in verschiedenen Städten begangen haben. Sie seien jetzt Herren einiger Hauptstädte und zwar Florenz, Pisa und Cremona. Die Verbindungen zwischen Nord-, Süd- und Mittelitalien seien unterbrochen. Die Revolutionäre in diesen Städten hätten die staatlichen Behörden besetzt und die Herrschaft übernommen. Es scheine, daß ihnen kein Widerstand entgegengesetzt worden sei. Zusammenstöße hätten nicht stattgefunden, ausgenommen in Cremona, wo 6 Faszisten durch Schüsse verletzt worden seien. In Mailand sei bisher alles ruhig, da dort zahlreiche Truppen versammelt seien. Von anderen Mittelpunkten fehlen bisher Berichte.

Rom, 28. Okt. Seit den Nachtstunden ist das Kabinett versammelt, um aufgrund der aus der Provinz einlaufenden Nachrichten sofort Maßnahmen verfügen zu können. Das Kabinett hat beschlossen, von heute mittag ab über alle Provinzen des Königreiches den Belagerungszustand zu verhängen, was aber vom König abgelehnt wurde.

Rom, 29. Okt. Alle Zeitungen veröffentlichen Lobartikel auf den König, weil er es abgelehnt hat, das Dekret, betreffend die Proklamierung des Belagerungszustandes, zu unterzeichnen. Das Leben in Rom geht seinen normalen Lauf, abgesehen von einigen Demonstrationen gegen faszistenfeindliche Blätter.

WTB. Rom, 29. Okt. Salandra lehnte die Bildung des Ministeriums ab. Darauf beauftragte der König Mussolini mit der Bildung des neuen Ministeriums.

Einigkeit, Arbeitsfreudigkeit und Kampfeslust

Der Parteitag der badischen Sozialdemokratie, der am Samstag und Sonntag in Offenburg tagte, hat durchweg einen ausgezeichneten Verlauf genommen. Wir freuen uns, ehrlich das konstatieren zu können, wie wir auch nicht einen Augenblick zögern würden, das Gegenteil zu sagen, wenn die Tatsachen uns ein anderes Urteil aufzwingen würden. Zum Gelingen einer solchen Veranstaltung gehören vor allem zwei Dinge: einmal müssen die Teilnehmer vom gemeinsamen Willen und Wollen beseelt sein, ferner gehört eine energische, ihrer Aufgaben und ihrer Verantwortung bewußte Leitung dazu. Diese beiden Grundlagen zu einer glücklichen Durchführung einer solchen Veranstaltung trafen auf den diesjährigen Parteitag der badischen Sozialdemokratie zu und so konnten die Teilnehmer am Schlusse der Verhandlungen mit Fug und Recht begeistert in das Hoch auf die Vereinigte Sozialdemokratie einstimmen und das Tagungslokal in dem frohen, zu neuer Arbeit, zu neuem Kampfe anspornenden Bewußtsein verlassen, einer Tagung beigewohnt zu haben, deren Abhaltung sich in ideeller und materieller Beziehung durchaus gelohnt hat.

Im Geschäftsbericht wurde nichts beschönigt und nichts verheimlicht. Wir haben mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Warum sie leugnen? Es geschah nicht. Wir müssen den Genossen offen und ehrlich sagen, daß höhere finanzielle Leistungen für die Partei unbedingt erforderlich sind, soll nicht das große Werk gefährdet werden, das wir Sozialdemokraten zu erfüllen haben. Wir müssen der Arbeiterschaft und der mit uns sympathisierenden Bevölkerungsschicht klar und bündig sagen, daß sie sich pflichtbewußter und opferfreudiger an die Seite der sozialdemokratischen Presse zu stellen hat, wollen sie nicht eine ihrer besten Waffen einbüßen und gefährden; wir müssen ohne alle Schönfärberei darauf verweisen, daß nur strengste Solidarität, ehrlichste Kameradschaft, unerschütterliches Pflichtbewußtsein und eine alle Hindernisse bezwingende Kampfeslust uns zum Ziele, d. h. aus dem heutigen Elend, aus der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Misere herausführen können, der besseren Zukunft entgegen; der Befreiung der werktätigen Bevölkerung.

Und das ist in Offenburg geschehen. Alle Redner verzichteten auf die Anwendung demagogischer Tricks, es war ihnen nicht um die Erzielung rein agitatorischer Effekte zu tun; sie alle wollten die Tatsachen erkennen, ihnen in ihrer Art beredten Ausdruck verleihen. Natürlich waren der Wünsche viele. Auf dem Gebiete der Ernährung, der Wohnungsfrage, der sozialen Gesetzgebung, des Kampfes gegen die unheilvoll drohende Reaktion, zum Ausbau der Demokratie und zur Festigung der Republik, für die Arbeitermassen, für die Opfer auf dem Schlachtfelde der Arbeit, für alle die Armen und Bedrückten, die nicht nur doppelt, sondern hundertfach unter den heutigen jammervollen Zuständen leiden.

Den menschlich begreiflichen Wünschen und Forderungen wurden auch die Grenzen der Möglichkeit der Hilfeleistung offenherzig entgegengestellt, die wahren Ursachen der Misere unserer Zeitläufte dargelegt. Und dabei zeigte es sich, wie wertvoll es besonders auch für die Partei des klassenbewußten Proletariats ist, wenn auf ihren Tagungen Männer vertreten sind, die an verantwortungsvoller Stelle im Staate stehen. Die beiden sozialdemokratischen Minister, die Genossen Remmele und Dr. Engler, sprachen sich zu all den zahlreichen Wünschen und Forderungen in der Offenheit und ehrlichen Rückhaltlosigkeit aus, die die vornehmste Pflicht jedes in der Arbeiterbewegung führenden Genossen ist. Und es gereicht dem Offenburger Parteitage zum Ruhme, daß die Teilnehmer nicht nur mit der erforderlichen Aufmerksamkeit, sondern auch mit dem schätzenswerten Verständnis die Darlegungen der beiden Genossen anhörten, die das Vertrauen der Arbeiterschaft an exponierte Stellen gestellt hat, wo ein hohes Maß von Arbeitsfreudigkeit und Pflichtgefühl die gebotene Voraussetzung für eine wirksame Tätigkeit ist.

Und wer die zahlreichen Redner auf ihre berufliche und politische Wirksamkeit hin prüfte, wird wiederum zu außerordentlich erfreulichen Schlußfolgerungen kommen müssen. Parlamentarier, Staats- und Gemeindebeamte, Männer der Schule und der freien intellektuellen Berufe, Proletarier aus der Werkstatt, Praktiker des Gewerkschaftslebens, sie alle, beseelt von dem ehrlichen Willen und Wollen zum sozialistischen Handeln, trugen in der Debatte dazu bei, wertvolle Fingerzeige für die weitere Arbeit und die kommenden Kämpfe zu geben. Es hat in bürgerlichen Kreisen und. sagen wir es offen, auch bei uns ab und zu Zeitgenossen gegeben, die glaubten, das Gras wachsen zu hören und die deshalb der Meinung waren, in Offenburg werde es auch nach der Vereinigung zu Schlußscharmützeln

zwischen den Genossen der ehemaligen USP. und uns kommen. Aber diese „Propheten" sind gründlich enttäuscht worden: wohl hatten die früheren Mitglieder der USP., die als Delegierte am Parteitag teilnahmen, bestimmte Wünsche, die sie natürlich auch vertraten, aber Ton und Inhalt ihrer Reden waren so gestimmt, daß der Ernst zur gemeinsamen Arbeit deutlich für jeden Zuhörer zu erkennen war. Und wenn manche Wünsche und Forderungen der früheren Mitglieder der USP. nicht erfüllt werden konnten, aus sachlichen Gründen, so werden sich diese Genossen als Demokraten damit genau so abfinden, wie jeder von uns gelegentlich in der Minderheit bleibt. Der Verlauf des Parteitags hat bewiesen, daß wir als Kameraden zusammenarbeiten wollen, daß alles Trennende vermieden, alles Einigende im Vordergrund stehen soll.

Die bevorstehenden Gemeindewahlen bringen uns Arbeit; sie schließen Erfolge wie Niederlagen in sich ein. Welche Bedeutung in der Zukunft die Gemeinde in der Wiederaufbauarbeit des deutschen Volkes hat, das legte der Genosse E. Maier (Heidelberg) in einem guten Referate dar, das allen wertvolle Fingerzeige geben wird, die agitatorisch bei diesem Kampfe tätig sein müssen. Unser Genosse Dittmann, der Vertreter des Parteivorstandes in Berlin, beleuchtete in einer von Sachlichkeit und gebotenem Ernst getragenen Rede die politische und wirtschaftliche Situation.

Ist auch der Wirkungskreis des badischen Landtags gegen früher erheblich durch die neue Gestaltung des Reiches eingeschränkt, so konnte der Genosse Marum doch mit Recht beweiskräftig dartun, daß die Tätigkeit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion allen billigen Anforderungen durchaus genügt, die an eine parlamentarische Vertretung gestellt werden können. Woran auch der Umstand nichts ändert, daß der Genosse Reinhold aus Singen eine weder sachlich gerechtfertigte, noch etwa im Ton glückliche Kritik glaubte üben zu können.

Wer die Entschließungen, die der Parteitag gefaßt hat, um die Auffassung der badischen Sozialdemokratie zu Fragen des öffentlichen Lebens zum Ausdruck zu bringen, ehrlich prüft, wird zugestehen müssen, daß bei allen Wünschen und Forderungen das Verantwortungsgefühl und die Erkenntnis, daß die Politik die Kunst des Möglichen ist, Pate gestanden hat. Wir badischen Sozialdemokraten sind keine Phantasten, wir wissen, daß jeder Fortschritt erkämpft werden muß, auf steinigem Wege und unter Ueberwindung tausendfältiger Hindernisse.

In einem glücklichen Schlußworte faßte der Genosse Strobel die Arbeiten des Parteitages zusammen. Wir wünschen, daß seine ernsten Mahnungen, die Organisation zu stärken, in unerschütterlicher Treue zur Parteipresse zu stehen, sich durch kein Ungemach und keine Schwierigkeiten vom Wege auf das uns Sozialisten gesteckte Ziel abhalten zu lassen, im ganzen badischen Lande freudigen Widerhall finden möge.

Die Offenburger Genossen hatten die ihnen obliegenden Aufgaben zur erfolgreichen technischen Durchführung des Parteitages lobenswert erfüllt. Der ihnen gespendete Dank war verdient.

Und nun Genossen: An die Arbeit! Neue harte Kämpfe stehen uns bevor. Weitere Opfer werden von uns verlangt werden. Kein Zaudern und erst recht keine Ermüdung. Vorwärts auf dem Wege zum Ziele! Hindernisse und Schwierigkeiten mögen uns vorübergehend hemmen; wir überwinden sie, wenn wir nur wollen.

Badische Politik

Bahnhofs-Eröffnungen im alten und im „neuen" Deutschland

Die deutschnationale „Süddeutsche Zeitung", die aus allen Blüten monarchistisch-konterrevolutionären Honig zu saugen bemüht ist, nimmt auch die Eröffnung des Stuttgarter Hauptbahnhofs zum Anlaß hämischer Bemerkungen über das „neue Deutschland". Das Gebäude habe als Schmuck am Eröffnungstag nur eine einzige, und zwar eine „neudeutsche" (!) Flagge getragen, und die Anteilnahme des Publikums an dem für die schwäbische Residenz gewiß wichtigen Ereignis sei eine minimale gewesen. Also: nieder mit der Republik! Es lebe das Kaiserreich!

In Baden hatten wir in den letzten Jahren der „glorreichen" Monarchie auch die Eröffnung einer großen Bahnhof-Neuanlage, der der „Residenz" Karlsruhe. Wer sie mit angesehen hat, der erinnert sich, daß die Teilnahme der Bevölkerung daran äußerst spärlich war, vielleicht noch spärlicher als die jetzt in Stuttgart. Er erinnert sich aber an noch einiges mehr — und zwar nicht nur der, der unmittelbar an der Feier teilnahm. Aus Stuttgart wird jetzt berichtet, die in der Nacht vom letzten Sonntag auf Montag stattgehabte Umlegung des Verkehrs vom alten auf den neuen Bahnhof habe sich vollkommen glatt abgewickelt, obwohl die neue Bahnhofsanlage noch nicht ganz fertiggestellt ist. Bei der Inbetriebnahme des neuen Karlsruher Personenbahnhofs aber geriet, wie man sich noch schmerzlich erinnert, nicht nur der Karlsruher, sondern der gesamte süddeutsche, ja der Verkehr bis tief nach Norddeutschland hinein in den denkbar chaotischsten Wirrwarr. Es war ein totaler Zusammenbruch, den die großherzoglich badische Verkehrstechnik damals erlebte, eine Katastrophe, die infolge des auf gut eine halbe Woche völlig über den Haufen geworfenen Fahrplans für Personen und Güter die deutsche Wirtschaft viele Millionen kostete. Und das alles, obwohl der Karlsruher Bahnhofsneubau — im Gegensatz zum Stuttgarter — bis auf die letzte Schraube völlig fertiggestellt war und die Verwaltung ihre Eröffnung immer wieder hinausgeschoben hatte.

Ueber die Ursachen dieser beispiellosen Verkehrskatastrophe, die unser badisches Land damals vor ganz Deutschland bloß stellte, hat man von amtlicher Seite niemals Authentisches erfahren; die berüchtigte „Staatsraison" verbot im „glorreichen" Zeitalter des Obrigkeitsstaates bekanntlich jede Bloßstellung einer Behörde vor dem profanen Volk. Nur so viel sickerte durch, daß die kleinlichsten persönlichen Reibereien zwischen einzelnen Stellen in der „Generaldirektion der Großh. Bad. Staatseisenbahnen" zu Karlsruhe dabei eine entscheidende Rolle gespielt hatten. Zu Stuttgart, am Sitz einer Direktion der Eisenbahnen der Republik, ist diesmal alles glatt und reibungslos verlaufen, als ob es nicht anders sein könnte. Spricht das etwa gegen das „neue Deutschland", wie es in ihrer hämischen Nörgelsucht die „Südd. Ztg." darzustellen sucht, oder könnte man es — sofern man überhaupt in eine geartige Diskussion eintreten will — nicht vielmehr umgekehrt als einen Erfolg der republikanischen Verwaltungsorganisation buchen?

---

* **Schulbefreiung für die Kartoffelernte.** Das Ministerium des Kultus und Unterrichts hat die Schulbehörden und Leiter der ihm unterstellten Schulen ermächtigt, den Schülern auf Ansuchen frei zu geben, soweit es zur Einbringung der Kartoffelernte erforderlich erscheint. (Anmerkung des Setzers: Die Schulbefreiung kommt aber reichlich spät!)

* **Das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 76** enthält: Die fünfte Aenderung des Besoldungsgesetzes, die Erhöhung der polizeilichen Geldstrafen. Verordnung des Ministeriums des Innern: die Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Dienstverhältnis der Gemeinde- und Körperschaftsbeamten.

Besoldungsregelung für die badischen Beamten. Die Presseabteilung der badischen Regierung teilt mit: Nachdem der Reichstag unterm 23. Oktober ds. Js. die Aenderung des Reichsbesoldungsgesetzes mit Rückwirkung vom 1. Oktober 1922 genehmigt hat, hat das badische Staatsministerium auf Antrag des Finanzministeriums am 25. ds. Mts. auch die erforderliche Aenderung und Angleichung des badischen Besoldungsgesetzes beschlossen. Dieser Beschluß wird, da der Landtag zur Zeit nicht versammelt ist, vom Staatsministerium aufgrund der Ermächtigung in § 56 Absatz 2 der badischen Verfassung als vorläufiges Not-Gesetz verkündet und sofort in Vollzug gesetzt werden. Das Not-Gesetz wird dem Landtag bei seinem nächsten Zusammentritt zur Genehmigung sofort vorgelegt werden. Von der verfassungsmäßigen Möglichkeit der alsbaldigen Erlassung des Gesetzes wurde Gebrauch gemacht, um die Auszahlung der sich ergebenden Mehrbeträge an die Landesbeamten innerhalb kürzester Frist zu ermöglichen, da sonst mit dieser Nachzahlung bis zum nächsten Zusammentritt des Landtages zugewartet werden müßte. Die nachzuzahlenden Beträge sollen nunmehr nach den vor kurzem bekannt gegebenen neuen Bestimmungen von den einzelnen Beamten oder Beschäftigungsbehörden selbst errechnet werden und nach den Besoldungsvorschriften zur Zahlung kommen. Es kann erwartet werden, daß die Beamten auf diese Weise die Nachzahlungen in kürzester Frist erhalten.

Die Unterschriftenkomödie. Auf dem Zentrumsparteitag des 2. Wahlkreises in Waldshut gab Abg. Dr. Föhr das Resultat der seinerzeitigen Unterschriftensammlung „zur Erhaltung der christlichen Schule" bekannt. Die Zahlen für Baden betragen: es sind im ganzen 593 000 Unterschriften eingegangen, d. h. 65,8 Prozent oder ⅔ der gesamten Wählerschaft, die am 30. Oktober 1921 zur Wahlurne ging. Dr. Föhr legte diese Zahlen als Vertrauensvotum für die Kulturpolitik der Partei dar. — Wir raten dem Zentrum dringend, mit diesen Zahlen keine zu große und zu auffällige Reklame zu treiben, denn bei der Art und Weise, wie diese Unterschriften zusammengebracht wurden, liegt auch nicht der mindeste Anlaß für das Zentrum vor, aus diesen Zahlen irgend welches Aufheben zu machen.

Kleine badische Chronik

* **Lauf** (Amt Bühl), 28. Okt. **Elektrizitätswerk.)** Für die Errichtung eines eigenen Elektrizitätswerkes wurden 39 Millionen und für Arbeiterwohnungen 5 Millionen bewilligt. Ein Holzhieb, der 40 Millionen erbringen soll, wurde zu diesem Zwecke genehmigt.

* **Vom Feldberg,** 29. Okt. **Versuchsexplosion.** Die auf dem holländischen Schießplatz Oldenbroek gestern abend zwischen 6.20 Uhr und 6.40 Uhr vorgenommene Versuchsexplosion von 10 000 Kilo Sprengstoff ist auf dem Feldberg nicht wahrgenommen worden, woran Wind und Nebel die Schuld tragen dürfte. Es ist lediglich bei dem Barographen, der die Luftdruckverteilung aufzeichnet, um diese Zeit eine kleine Schwankung festgestellt worden. Ob diese Schwankung auf die Explosion zurückzuführen ist, wird sich erst dann mit Sicherheit sagen lassen, wenn die Aufzeichnungen anderer Institute wie des Feldbergobservatoriums verglichen worden sind.

* **Lörrach,** 28. Okt. **Aufgeklärter Mord.** Der Mörder, der gestern im Walde bei Markdorf tot aufgefundenen geistesschwachen Anna Maria Fink, Pflegling in der Anstalt Herten ist der am 28. Mai 1881 in Schellbronn (Amt Pforzheim) geborene, seit 12. April 1894 in der Anstalt Herten befindliche Gottlieb Gengenbach. Gengenbach lockte die Fink in den Wald, wo er sie mißbrauchen wollte, und wo er dann, als sie sich wehrte, mit einem Prügel und mit Steinen so lange auf sie schlug, bis sie tot war. Nach anfänglichem Leugnen gab Gengenbach die Tat zu. Wenn auch dieser jetzt einen stupiden Eindruck macht, so hat er doch während und nach der Tat Ueberlegungen anzustellen vermocht, die immerhin ein gewisses Maß von Einsicht voraussetzen. Die Untersuchung wird ergeben, ob Gengenbach zur Verantwortung gezogen werden kann.

Hundekarten für Schnellzüge. Am 1. November werden, wie berichtet, die Hundekarten abgeschafft, und für jeden Hund ist eine halbe Fahrkarte 3. Klasse zu lösen; nun sind Zweifel aufgetaucht, ob diese Karten bei der Benutzung von D-Zügen auch zuschlagspflichtig sind. Wie dazu die Reichszentrale für Deutsche Verkehrswerbung" mitteilt, sind für Hunde stets halbe Fahrkarten für Personenzüge ohne Zuschlag auszugeben, auch wenn der Hund in einem zuschlagspflichtigen D-Zug befördert wird.

Erhöhung der Personentarife der Reichsbahn

Auf 1. November 1922 werden die Personentarife der Reichsbahn um 100 v. H. erhöht. Die Fahrkarten werden mit dem bisherigen Fahrpreisaufdruck ausgegeben. Für jede Fahrkarte ist das Doppelte des darauf angegebenen Preises zu entrichten. Auf den Fahrkarten nach außerdeutschen Stationen wird, wie seither, der wirkliche Erhebungsbetrag angegeben. Bei den Stationen Karlsruhe, Heidelberg und Baden-Baden werden ab 1. November 1922 versuchsweise die gedruckten Fahrkarten nach Reichsbahnstationen ohne Preisaufdruck ausgegeben. Sämtliche auf diesen Fahrkarten von früher noch angegebenen Fahrpreise sind vom 1. November 1922 ab ungültig. Der zu zahlende Fahrpreis kann von dem Reisenden aufgrund einer am Schalter ausgehängten Kilometerpreistafel und einer Entfernungstafel ermittelt werden. Das gleiche Verfahren wird für die Station Mannheim von einem noch zu bestimmenden Tag des Monats November 1922 ab eingeführt.

Mit Fahrkarten, die in der Zeit vom 29. bis 31. Oktober 1922 gelöst werden, muß die Fahrt spätestens bis zum 31. Okt. 1922 angetreten werden. Dies gilt auch für die Rückfahrt bei Doppelkarten und bei Fahrkarten, die zur Fahrt in umgekehrter Richtung gelöst werden. Fahrscheinhefte des Mitteleuropäischen Reisebureaus, die mit einem in die Zeit vom 1. bis 31. Oktober 1922 fallenden Tag abgestempelt sind, gelten nur bis zum 3. November 1922. Ferner muß mit solchen Fahrscheinen die Reise (bei Fahrscheinheften für Hin- und Rückfahrt auch die Rückreise) spätestens am 31. Oktober angetreten werden. Bahnsteigkarten, die bis zum 31. Oktober 1922 gelöst sind, sind vom 1. November 1922 ab zum Betreten der Bahnsteige nicht mehr gültig. Nähere Auskunft erteilen die Stationen und das Verkehrsbureau der Reichsbahndirektion Karlsruhe.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Hinter Pflug und Schraubstock

Skizzen aus dem Taschenbuch eines Ingenieurs

101 Von Max Eyth

(Fortsetzung.)

12.

Unter der Erde

Nie hat, seitdem die Erde steht,
Seitdem ihr Steingerippe erkaltet,
Des Lebens Odem hier geweht,
Ein Strahl des Lichts die Nacht gespaltet.
Noch hat ein Laut sich hier geregt,
Wo seit Uranfang unbewegt
Der stumme, starre Tod gewaltet.

Nie drang in diese Tiefen ein
Der Gnomen wunderliche Gilde,
Kein Gold verlockt, kein Edelstein,
Der diese grauen Massen füllte.
Kluftloser Fels, demantenhart!
In der granitnen Nacht erstarrt
Selbst jeder Sage Luftgebilde.

Dort klopft es jetzt seit Jahr und Tag.
Senkt doch ein Zwerg, nach altem Rechte,
Mit ruhelosem Hammerschlag
Im ew'gen Dunkel seine Schächte?
Dort kracht's mit rotem Blitzesschein,
Mit Donnerschlägen durchs Gestein,
Als regten sich der Hölle Mächte.

Halbnackte Männer, schweißbedeckt,
Sind's, die im engen Raum sich drängen,
Um scheue Lämpchen, fast versteckt,
Umringt von rasselnden Geflängen;
In Rauch und Pulverdampf erstickt,
Von Trümmerresten fast erdrückt,
Die von der Decke drohend hängen.

Ein Bach stürzt in die Felsenkluft
An einem meilenfernen Raine.
Das wilde Wasser preßt die Luft,
Die Luft zermalmt das Felsgesteine.
Sie fürchtet Gneis nicht noch Granit,
Und zornig schlägt der Dynamit
Sich Bahn mit seinem Flammenscheine.

Sie wühlen sich im Erdenschoß,
Und unter ihrer Faust zerreißt er.
Wär's vor dreihundert Jahren bloß,
Man steinigte die Hexenmeister;
Ist es nicht Zauberei im Berg?
Ist es nicht halb Titanenwerk,
Dies Werk der Zeit und ihrer Geister?

Neun Schritte nur mit jedem Tag
Gelingt es durch den Gneis zu dringen;
Und immer härter wird der Schlag
Und eiserner des Felsens Klingen.
Geduld! Sie wächst mit jedem Schritt.
Geduld! Sie bohrt und sprengt euch mit:
So nur sind Berge zu bezwingen.

Neun Jahre bohrten sie drauflos,
Durch Sorg' und Hoffnung, trüb und heiter.
Es starben in der Erde Schoß
Die einen; andre bohrten weiter.
Nur immer zu! Dort unten tief,
Wo die Geduld der Urwelt schlief,
Ist sie auch heut noch Grubenleiter.

Da kam's zuletzt, eh' wir's gedacht,
's war hohe Zeit für eine Wende!
Im Nordschacht, kurz vor Mitternacht,
Zwei Meilen fast vom Tunnelende.
Seit Jahren war's derselbe Ton
Seit sieben Jahren reichten schon
Die Arbeitsschichten sich die Hände.

Und unsere Stunde war vorbei;
Die letzten dumpfen Schüsse dröhnten.
Halbtot, ohnmächtig lagen drei,
Wir andern warteten und stöhnten.
Es herrschte Stille ringsumher,
Die Schwaden qualmten dick und schwer,
Als ob sie giftig uns verhöhnten.

So lagen wir und fühlten fast
Den stummen Fürsten aller Toten.
Die Millionenzentnerlast
Des Berges drückte uns zu Boden:
Und noch schlug die erschöpfte Hand
Hart an die regungslose Wand
Der Felsen, die Vernichtung drohten.

Da plötzlich bebte durchs Gestein,
Fern, kaum vernehmbar leis, ein Klingen.
„Bei Gott, es klopft!" — „Nein!" — „Ja doch!" —
„Nein!"

Mir schlug das Herz, als wollt' es springen.
's wieder still. Jetzt hört man's kaum:
Jetzt wieder; wie im Fiebertraum
Dem Kranken oft die Ohren singen.

Wir drücken an die Felsenwand
Den Kopf in atemlosem Lauschen.
Es knirscht, es knistert. Wo ich stand,
Hört' man ein fernes, fernes Rauschen,
Wie bröckelnder Gesteine Fall.
Und jetzt — bei Gott, das war ein Knall! —
Nun möcht' ich nicht mit Fürsten tauschen.

Frisch! setzt die Bohrer wieder an!
Was kümmert jetzt uns das Ersticken?
Und stirbt beim nächsten Schuß ein Mann,
Er stirbt in siegendem Entzücken.
Der letzte Schuß! — Hei, wie er kracht!
In Freudenflammen steht der Schacht.
Wir wußten ja, es mußte glücken.

Ein schwarzes Loch klafft in der Wand;
Die Finsternis scheint sich zu regen.
Und aus dem Loch kommt eine Hand,
Ein schwarzer Schädel uns entgegen.
Er schüttelt sich, er schnappt nach Luft.
In einer fremden Sprache ruft
Er lachend Bergmannsgruß und -segen.

Und durch die schweren Dämpfe geht
Ein mächtig ungewohntes Ziehen.
Ein reiner, duft'ger Hauch durchweht
Den Schacht, daß uns die Herzen glühen.
Vollendet ist das große Werk!
Es saust und rauscht jetzt durch den Berg
Vom Land her, wo die Myrten blühen.

(Fortsetzung folgt.)

Parteitag der badischen Sozialdemokratie

Offenburg, den 28. Oktober 1922.

In dem freundlichen Dreikönigssaale der alten Parteitagsstadt traten heute mittag die Abgesandten der badischen vereinigten Sozialdemokratischen Partei zu ernster und würdiger Beratung zusammen. Wie wichtig und für wie bedeutungsvoll die Genossen im ganzen Lande diesen Parteitag hielten, zeigte der Umstand, daß trotz der für manche Mitgliedschaften sicher nicht geringen Opfer, die heute die Beschickung eines Parteitages erheischen, dennoch der Besuch des Parteitages aus dem ganzen Lande nicht hinter jenem früherer Parteitage zurückstand.

Eröffnung des Parteitages

Genosse Ritzert-Mannheim bewillkommnet namens des Bezirksvorstandes den Parteitag der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei. Der Offenburger Parteitag hat historische Bedeutung. Auf ihm ist die Einigung vollzogene Tatsache. In ernster Zeit tritt der Parteitag zusammen. Hunger, Not, Krise und Zerrüttung beleuchten die Situation. In den letzten zwei Jahren wurde eine große Arbeit geleistet. Das Signum war **Demokratisierung der Verwaltung** und wird es auch weiterhin bleiben. Die vorliegenden 50 Anträge beleuchten unsere wirtschaftliche Lage. Zahlreiche Aufgaben auf politischem, wirtschaftlichem und sozialen Gebiete liegen vor uns. Als geeinte sozialistische Partei treten wir in den Gemeindewahlkampf. Wenn jedermann seine Pflicht erfüllt, werden wir den Kampf erfolgreich bestehen.

Die Wahl des Büros ergibt Genosse **Strobel**-Mannheim und Genosse **Durban**-Offenburg als Vorsitzende.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Geschäfts- und Kassenbericht

Genosse **Hahn** weist eingangs auf die schwierigen Zeitverhältnisse und auf den Gemeindewahlkampf hin, der uns bevorsteht. Ein reiches Maß von Arbeit liegt in den dem Bericht — er ist bereits in der Presse veröffentlicht — zugrundeliegenden zwei Geschäftsjahren vor uns. Wenn nicht überall befriedigende Resultate erzielt wurden, so trifft die Partei keine Schuld. Die **Befestigung der Republik** wird wie bisher auch fernerhin unsere Hauptaufgabe sein. Wir haben politisch viel erreicht; leider wird es nicht genügend gewürdigt. Wir empfinden voll und ganz das große Elend, in dem sich heute unser Volk befindet. Bei unserer harten Lage müssen wir immer wieder an den verlorenen bis zum Weißbluten geführten Krieg denken, der uns die heutige Situation brachte. Wir können nicht von heute auf morgen wieder gut machen, was das alte Regime kaput gemacht hat. Vor allem müssen wir jedoch daran denken, was wir alles im Kriege über uns ergehen lassen mußten.

Die äußerste Rechte und die äußerste Linke spekulieren auf die Vergeßlichkeit und Dummheit des Volkes. Zu den Folgen des Krieges kommt die zerrüttende Wirkung des Versailler **Diktats**. Die heutige Regierung ist nichts anderes, als der **Konkursverwalter der Hohenzollernschen Erbschaft**. Die Reaktion kann die Verantwortung für das heutige Elend nicht ablehnen. Bei allem Elend der wirtschaftlichen Lage hat das heutige Deutschland doch **große soziale Leistungen** aufzuweisen. Bezeichnend für die politische Situation ist die enge Verbindung von Kommunisten und deutschnationaler Reaktion. Trotz der furchtbaren wirtschaftlichen Lage dürfen wir den Kopf nicht hängen lassen. Unserer Taktik müssen wir eine starke Beweglichkeit sichern, denn die politische Konstellation wechselt ständig. Der Grad unserer Macht wird nicht durch die Erwählten, sondern durch die **Wähler** und **Wählerinnen Indifferenz** bedauern. müssen wir die vielfach vorhandene

Was die geleistete Arbeit betrifft, so standen die mannigfachsten Fragen zur Behandlung. Die Not der Zeit wird den Zusammenschluß von **Württemberg und Baden** bringen, allen Sonderwünschen zum Trotz. Das Fundament unserer Organisation ist ein gutes; die Mitgliederbewegung ist, bis auf die Frauenbewegung, befriedigend. Es ist jedoch notwendig, noch mehr wie bisher, alle Kräfte zusammen zu fassen, um die Entwicklung des Sozialismus zu fördern. Vor allem ist es notwendig, daß die **Jugend** sich stärker an der Kleinarbeit beteiligt, und die **Frauen** den politischen Fragen ein stärkeres Interesse entgegenbringen. Ein unbedingtes Erfordernis ist eine **stärkere Unterstützung der Parteipresse**. Sie ist, vor allem durch die zu späte Erhöhung der Abonnementbeträge auch heute noch gefährdet. Es muß deshalb mehr als bisher Verständnis für die Parteipresse gefordert werden. **Aufhören müssen die Reibungen zwischen Sports- und Jugendbewegungen.** Im **Kassenwesen** muß eine pünktlichere Abrechnung verlangt werden. Die Mitgliederbeiträge müssen den heutigen Verhältnissen angepaßt werden. Idealismus und Willenskraft sind nötig, wenn wir die Ziele des Sozialismus erreichen wollen. Hoch die deutsche, hoch die internationale Sozialdemokratie! (Beifall.)

Bericht der Landtagsfraktion

Abg. Marum-Karlsruhe gibt zunächst ein Bild des Ausfalls der Landtagswahlen. Erfreulicherweise ist es gelungen, die **Regierungsbildung** ohne Schwierigkeiten zu vollziehen. Das Programmiamento des Landbundes war erfolglos. Der **Landbund** ist darauf angewiesen, von seinem Parteisekretär Herrn Füller sich die Informationen zu holen. Die **deutsche Volkspartei** hatte vor den Wahlen große Rosinen im Kopfe. Sie wäre auch in die Regierung gegangen. In ihrer natürlichen Bescheidenheit wollte Sie einen Minister haben. Daraus wurde jedoch selbstverständlich nichts. Wir können bei der Zusammensetzung des Landtags keine sozialistische Politik treiben. Wir müssen uns bemühen, eine **demokratische** und **soziale Politik** in Baden durchzusetzen. Und in dieser Hinsicht haben wir mannigfache Erfolge zu verzeichnen.

Von starker Wirkung auf unsere Tätigkeit und vor allem auf das Budget ist die **Geldentwertung**. Trotzdem steht der badische Staat auf gesunden finanziellen Füßen. Das Defizit von zwei Milliarden braucht uns deshalb nicht zu beunruhigen. Es muß uns jedoch mahnen, in den Staatsausgaben die **größtmögliche Sparsamkeit** walten zu lassen. Wir müssen dabei aber sehen, die Ausgaben für **kulturelle Zwecke** auch weiterhin aufrecht erhalten zu können. Die Ausgaben des Staates für die **Beamten** verschlingen große Summen, ohne daß dabei die Beamten aber irgend wie Millionäre werden. Jedem Beamten, auch dem unteren, muß das Existenzminimum gewährt werden. Wir müssen uns aber auch an den Gedanken gewöhnen, daß wir fähige obere Beamte nur dann erhalten, wenn wir sie entsprechend bezahlen. Dies gilt besonders, wenn wir sozialisieren wollen. Wir können nicht mit der Privatindustrie konkurrieren; aber einigermaßen muß die Beamtenbezahlung doch den Verhältnissen entsprechen.

Was die **Wirtschaft** betrifft, so muß eine **Bewirtschaftung für die Gegenstände des täglichen Lebens** eingeführt werden. Dies gilt vor allem für die **Nahrungs- und Gebrauchsartikel**, bei denen verhindert werden muß, daß sie ins Ausland verschoben werden. Bedeutungsvoll für uns ist die **Wohnungsfrage**, der größte Aufmerksamkeit zu schenken ist. In der **Schule** müssen wir die Erziehung im Geiste der Republik verlangen. Die **Gemeinschaftsschule** ist für uns Regelschule, wie es die Reichsverfassung vorschreibt. Damit muß sich auch das **Zentrum** abfinden. Die **Simultanschule muß in Baden erhalten und ausgebaut werden.** Wer die Axt an die Simultanschule legt, hat den schärfsten Kampf zu erwarten. (Beifall.) Dies mag sich das Zentrum merken. Aus der Schule müssen alle Lehrer entfernt werden, die durch ihre Arbeit in der Schule die Republik bewußt befehden. Die **katholischen Elternvereinigungen** müssen mit wachsamem Auge verfolgt werden. Nicht nur in sozialistischen Kreisen, sondern auch in bürgerlichen Kreisen wird die Aufrechterhaltung der Simultanschule als unverrückbare Schulart in Baden gefordert.

Die kapitalistischen Vorwürfe gegen die **wirtschaftlichen Unternehmungen** des Staates sind unbegründet. Nur müssen sie in richtigem Rahmen betrieben werden. Dies sehen wir am **Badenwerk**. Die **Kanalunternehmungen** schreiten vorwärts. Mit den **Kalibohrungen** in Buggingen hat der Staat ein großes Unternehmen in Angriff genommen, wobei der Staat sich seinen Einfluß gesichert hat. Der Staat kann sich nicht auf die Verwaltungstätigkeit beschränken, er muß ins Wirtschaftsleben eindringen, wie dies in Baden mit gutem Erfolg geschieht. Die Regierung konnte sich bei ihren politischen Handlungen auf starke Mehrheiten stützen, wobei sich zu den Regierungsparteien die deutsche Volkspartei, in einem späteren Falle auch der Landbund gesellte. Wichtig ist bei der Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung auch der Einfluß der Regierung auf den Reichsrat.

Dem ausscheidenden **Staatspräsidenten Hummel** gebührt Dank für seine Tätigkeit. Wir wünschen, daß der kommende Unterrichtsminister außerordentliche Energie und Kraft besitzen möge, um die nötigen Aufgaben durchzuführen. Demnächst steht uns auch die **Wahl des Staatspräsidenten** bevor. Es besteht für uns kein Anlaß, an dem bisherigen Gebrauch, das Amt des Staatspräsidenten alljährlich im Turnus wechseln zu lassen, zu rütteln. Dies ist die Auffassung des Parteiausschusses und auch der Fraktion.

Das Schwergewicht des Landtags verlegt sich immer mehr in die **Kommissionen**. Die vielen Reden im Landtag erübrigen sich. Von einzelnen Fällen abgesehen, ist es nicht mehr notwendig, das Parlament als Agitationstribüne zu benützen. Das **praktische Handeln** steht im Vordergrund des parlamentarischen Lebens. Die Tätigkeit der **Fraktion** befand sich im allgemeinen in Uebereinstimmung mit den Wünschen der Parteigenossen. Wir hoffen, daß unsere Arbeit zum besten ausschlägt.

Die Aussprache

Dr. Engler-Karlsruhe äußert sich zur Wohnungsfrage. Bei den Forderungen auf Verstaatlichung der **Baustoffbeschaffung** kommen eine Reihe reichsgesetzlicher Vorschriften in Frage. Bei der **Baustoffbeschaffung G. m. b. H.** haben sich die Städte mit ganz minimalen Beträgen beteiligt. **Zusammenschluß der Konsumenten** zur Beeinflussung der Produktion ist der einzige Weg, der zum Ziele führt. Sorgen Sie in den Baugenossenschaften, in den Gemeinden, in den Baustoffverbänden dafür, daß die nötigen Mittel beigeschafft werden. Bei der Bereitstellung von Zement und Backsteinen hat die freie Wirtschaft störend gewirkt. Es fehlten uns vielfach die Mittel, um angefangene Bauten zu vollenden. Eine Stadtverwaltung, die angefangene Bauten an Private zur Vollendung verkauft, befindet sich nicht auf der Höhe. Es ist heute unsinnig, Sachwerte zu verkaufen, denn nächstes Jahr ist vielleicht billig, was voriges Jahr teuer war. Wir sind bereit, den Städten zu helfen. Wir sind genötigt, die **Wohnungsrationierung** noch schärfer als bisher durchzuführen. Um die Wohnungsnot zu beheben, bräuchten wir pro Jahr 175 Milliarden als Zuschuß. Dafür wären als Wohnungsabgabe das fünfunddreißigfache der Friedensmiete nötig. Dies muß berücksichtigt werden, wenn die Forderungen auf konstanten Wohnungsbau erhoben werden. Der Arbeiter muß bei der Wohnungsabgabe berücksichtigen, daß diese zugunsten der Allgemeinheit verwendet wird. Dies ist doch sicherlich besser, als wenn es dem Hausbesitzer zufällt. Wenn in Friedenszeiten 25 bis 28 Proz. des Arbeitereinkommens für Wohnungen verwendet wurden, so kann man verlangen, daß heute wenigstens 8 bis 10 Prozent verwendet werden. Es geht nicht, daß die Wohnung weniger kostet wie ein Paar Schuhe.

Frau **Blase**-Mannheim tritt für **stärkere Beteiligung der Frauen** an der Politik ein und wünscht vor allem, daß sich die Frauen darum kümmern, daß die **Inserate** an die sozialistische Presse vergeben werden. Die Frau muß dafür sorgen, daß die Arbeiterpresse in den Häusern der Arbeiterschaft gelesen wird. Die **Jugendbewegung** muß verstärkt werden.

Schöpflin-Karlsruhe weist auf das **Zeitungssterben** hin, das durch den deutschen Blätterwald geht. Schuld sind vor allem die hohen Papierpreise, die um das Tausendfache des Friedenspreises stiegen. Die Steigerung der Inseraten- und Abonnementspreise steht hierzu in keinem Verhältnis. Durch den Rückgang der Broschürenliteratur müßte die **Arbeiterpresse erst recht in die Arbeiterkreise kommen. Ohne die Arbeiterpresse können wir keine politischen und gewerkschaftlichen Kämpfe führen.** Die **Gewerkschaften** müssen sich sagen, daß sie ohne die Arbeiterpresse auf die Dauer weder Lohnkämpfe noch den Kampf um den Achtstundentag führen können. Erfreulich ist, daß in den Gewerkschaften durch die nunmehrige Einigung die Reibungen vermindert werden. Trotzdem muß gesagt werden, daß insbesondere der neue Zulauf zu den Gewerkschaften die Tätigkeit der Parteipresse nicht genügend würdigte. Die **Gewerkschaftsleitungen** haben deshalb die Pflicht, ihre Mitglieder auf die Arbeiterpresse hinzuweisen. Dies gilt aber auch für die **Sport- und Gesangvereine.** Sonst ist die Arbeiterpresse gefährdet. Und was dies für die Arbeiterbewegung bedeutet, liegt nur zu sehr auf der Hand. Bei dem **Zeitungsaustragen** müssen wir sehen, einen erträglicheren Modus zu bekommen. Wir müssen uns überlegen, ob wir nicht gleich der Wiener Arbeiterzeitung dazu übergehen, Werkstatt und Betriebsfilialen zu errichten, die die Verbreitung der Zeitung **wesentlich billiger und auch rascher** ermöglichen. Denn der Abonnementspreis wird in den nächsten Monaten noch wesentlich steigen. Es ist möglich, die Zeitungen zu halten. Doch ist notwendig, daß hier jeder seine Pflicht erfüllt.

Arnold-Mannheim kritisiert die heutige **Besoldungsordnung der Beamten.** Die Art der Einstufung ist eine Ungerechtigkeit; es ist unmöglich, die unteren Beamten besser zu stellen. Vor allem müssen die Teuerungszulagen anders gestaltet werden, auch die **Frauenzulagen.** Die Frau des oberen Beamten wird heute besser bewertet, wie jene des unteren Beamten. An dieser Frage sind die Staats- und Gemeindearbeiter sehr stark beteiligt. Die **Wohnungsfrage** kann so wie bisher laboriert wurde, nicht gelöst werden. Nur das Bauen von Wohnungen kann helfen. Bisher wurde aber mit Palliativmittelchen gearbeitet. Wir hätten früher an die Sozialisierung denken müssen. Die Regierung braucht da einen starken Rückhalt im Volke. Das wichtigste ist aber die Beschaffung der Mittel. Man darf da nicht alles vom Reich erwarten. Der Wohnungsinhaber, der eine Wohnung besitzt, ist verantwortlich, daß der, der keine Wohnung hat, auch eine solche erhält. Bezüglich der Wohnabgabe muß mehr Aufklärung im Lande geschaffen werden.

Maier-Heidelberg spricht gegen den Antrag Freiburg betreffend staatlichen Holzhieb zur Minderung der Brennstoffnot. Wir können im Landtag der Regierung nicht mehr zumuten, ihre Sachwerte zu verschleudern, während die Konsumenten doch nicht in den Genuß des billigen Materials kommen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die **Brennstoffbewirtschaftung** weiter geführt werden soll. Die Hauptaufgabe liegt aber bei den **Gemeinden.** Wenn es aber da anders werden soll, dann müssen die **Wähler und Wählerinnen sozialdemokratisch wählen,** da die Bürgerlichen auf dem Boden des freien Handels stehen. So ist es auch bei der Wohnungsfrage, auch da hat die Bevölkerung es bei den Wahlen in der Hand, zu entscheiden, wie diese Frage gelöst werden soll. Im Sinne unserer Forderungen oder im Sinne des kapitalistischen Bürgertums. Auf dem Gebiete des Meliorationswesens hat der Landtag nichts geleistet; trotz Gesetz ist noch **keine Kulturverbesserung** durchgeführt worden. Wir müssen verlangen, daß die Fraktion und die Genossen in der Regierung hier einen **wirklichen Schritt der Tat** erzwingen. Auch eine andere **Bewirtschaftung des Bodens** muß eingeführt werden, wenn wir die Ernährung des Volkes verbessern wollen. Auch müssen wir ein völliges **Brau- und Brennverbot einführen.**

Dr. Nordmann-Schopfheim kritisiert die heutige Teuerung und verlangt Durchführung der Vorschläge der Gewerkschaften und des Reichswirtschaftsrates. Dies reicht jedoch nicht aus, um das Chaos aufzuhalten. Wir müssen durch **Sozialisierung** an die Wurzel des Uebels herantreten. Es ist notwendig, auf das nach der Revolution geschaffene Sozialisierungsgesetz zurückzugehen. Die Bodenschätze, vor allem Kohlen und Eisen, aber auch die elektrische Energie müssen der Allgemeinheit gegeben werden. Der Reichskohlenrat hat keinen Wert, wenn er sich bedingungslos dem Unternehmertum beugt. Wir müssen zur **Zwangswirtschaft** zurückkehren. Zur Behebung der Wohnungsmisere hätte man schon früher zur Sozialisierung der Baustoffwirtschaft schreiten müssen. Mit Stückarbeit ist es nicht getan, deshalb müssen die Arbeiten der Sozialisierungskommission in die Tat umgesetzt werden. Die Preispolitik der Syndikate muß überwacht werden.

Eingegangen ist ein Antrag, dem Bezirksvorstand und der Fraktion das Vertrauen und den Dank für ihre Tätigkeit auszusprechen.

Frau **Martin**-Mannheim weist auf die schwierigen Verhältnisse der Frau in der heutigen Wirtschaftsmisere hin. Die Hausfrau ist heute überlastet, die sozialen Versicherungen müssen ausgebaut werden, damit die Witwen einigermaßen geschützt sind.

Grumbach-Freiburg betont, daß **Oberbaden** der Vereinigung Württemberg und Baden sehr skeptisch gegenüber steht. Hier ist nüchterne Ueberlegung von nöten. Man soll die politische Tradition nicht überschätzen. **Bedenklich ist die Stellung der akademischen Jugend zur Republik.** Ich denke mit großer Besorgnis daran, wenn die von den deutschnationalen Professoren herangebildeten Studenten einmal führende Stellungen im Staate haben. Die **Sportvereine** sind das Unglück der Partei. Das Fußballspiel hält die Jugend von Versammlungen fern. Die Alten müssen die Jugend durch neue Gedanken anregen. Notwendig sind Schutzgesetze zu Ehren der Arbeiter, andererseits müßte Zwangsarbeit gegen Schlemmereien und Faulenzertum besitzender Schichten eingeführt werden; auch das Schautragen der Reichtümer müßte verboten werden. Wir haben auch zu lange zugesehen, daß sich Leute an der Börse durch Glücksspiel bereichern.

Vorsitzender **Strobel** betont in einer Zwischenbemerkung, daß Grumbach seine Rede gegen die Vereinigung von Württemberg und Baden vor zwei Jahren auf dem Parteitag in Baden-Baden hätte halten müssen, woselbst dem Vereinigungsgedanken debattelos zugestimmt wurde.

Hoffmann-Mannheim tritt dafür ein, daß die **Frauen** in selbständigen Frauenversammlungen ihre Entscheidungen treffen. Unsere **Jugendbewegung** soll keine Spiel- und Wanderbewegung sein. Die Jugend soll im Geiste des Sozialismus erzogen werden, um daraus neue Kräfte für die proletarische Klassenbewegung zu gewinnen. In der **Wohnungsfrage** ist eine stärkere Rationierung notwendig. Wenn wir bauen wollen, ist eine Erhöhung der Wohnabgabe erforderlich. Hierdurch wird jedoch speziell die Arbeiterschaft belastet. Dr. Engler: Das stimmt nicht!) Zur wirtschaftlichen Situation ist charakteristisch, daß die Metallindustriellen in Mannheim bereits erklärten, die Lohnaufbesserungen gehen so nicht weiter. Diese Dinge müssen wir im Auge behalten. In der **Schulfrage** haben wir Kampfansagen des Zentrums gegen die Simultanschule zu erwarten. Hier dürfen wir nicht in der Verteidigung bleiben; wir müssen alles tun, um die Bestrebungen der Dunkelmänner zu nichte zu machen. Es ist unsere Aufgabe, der proletarischen Klasse zu dienen.

Dr. **Kraus**-Heidelberg wendet sich gegen die Schaffung eines Süddeutschen Senats beim Staatsgerichtshof angesichts des starken Gewichts Bayern. Weiterhin müssen wir uns gegen die Art wenden, wie die **Umänderung** der **Generaldirektion der Eisenbahn** in eine Reichsbahndirektion im Landtag behandelt wurde. Genosse **Wirth** hatte im Landtag die Frage richtig angefaßt, dagegen kam weiterhin die Debatte in ein Gleise, das gerade bei dem damaligen Konflikt zwischen dem Reich und Bayern als ein Fehlschlag bezeichnet werden muß. Die Situation ist in der betreffenden Landtagssitzung verfahren worden. In wirtschaftlicher Hinsicht müssen wir mit einer **einheitlichen Offensive des Unternehmertums** gegen die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten rechnen. Hier liegen bereits gewisse Vereinbarungen in den verschiedenen Städten vor. Hierdurch wird die Kaufkraft des Inlandes noch stärker bedrückt und dies angesichts der heutigen Krise. Das Arbeitsministerium hat die Aufgabe, diesen Vorgängen die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Es ist Pflicht der Regierung, den **Arbeitern** und Angestellten, als den wirtschaftlich Schwächeren in ihren Kämpfen unter die Arme zu greifen.

Weil-Gailingen beanstandet, daß 28 badische Gemeinden in Schweizer Franken die elektrische Energie bezahlen müssen. Mit der bloßen Kritik der Teuerung ist es nicht getan. Man muß für wirkliche Abhilfe sorgen. Der weitere Sturz der Mark muß verhindert werden. Bei der Wohnungsnot kann durch Wiederherstellung baufälliger Wohnungen manches geschehen. Das Arbeitsministerium sollte den Bezirksämtern Anweisung zu entsprechenden Auflagen speziell in Konstanz geben.

Reinbold-Singen ist ebenfalls für Erlaß eines Brenn- und Brauverbotes. In der Frage der Vereinigung von Württemberg und Baden ist der Standpunkt des Genossen Grumbach unverständlich. Wenn man die Sache so lau behandelt wie bisher, werde die Vereinigung lange auf sich warten lassen. Bei der Demonstration zum Schutze der Republik nach der Ermordung Rathenaus kam es in Singen zu Uebergriffen, die aus der damaligen Stimmung entstanden. In dem Moment, wo die Rathenaumörder abgeurteilt wurden, blieb es dem badischen Justizminister vorbehalten, zu erklären, daß gegen die Schützen der Republik scharf vorgegangen werde. Die Behandlung des Singener Falles im Landtag habe nicht der Situation entsprochen. Eine Bewegung zugunsten einer **Amnestie** der wegen den damaligen Demonstrationen Verurteilten ist notwendig. In der Wohnungsfrage hätte man früher zu Maßnahmen greifen müssen. Hätte man den Anregungen Kampffmeyers seinerzeit gefolgt, so hätte man damals schon Gelder zum Wohnungsbau erhalten. Wir können heute die Wohnabgabe nicht so in die Höhe schrauben, um die Wohnungsnot durchgreifend zu bannen. Mehr Aussicht auf Erfolg verspricht die Sozialisierung der Baumaterialienindustrie.

Graf-Pforzheim erklärt, Genosse Grumbach habe anscheinend den Badener Parteitagsbeschluß über die Vereinigung von Baden und Württemberg vergessen. Nach dem historischen Gesichtspunkt müßte ja Freiburg zu Oesterreich kommen. Wer an

der württembergisch-badischen Grenze wohne, sei für die Verschmelzung. Es bleibt dahingestellt, ob der Landesvorstand hinsichtlich der Anbahnung der Verschmelzung genügend getan hat. Es muß gesagt werden, daß auch für die Minister diese Beschlüsse maßgebend zu sein haben. Die Karlsruher Rede des Genossen Dr. Engler gegen die Verschmelzung hat viel Mißfallen erregt. Auch in Baden versucht das Zentrum die **Simultanschule** zu beseitigen. Deshalb müssen Eltern und freiheitlich gesinnte Männer und Frauen ein aufmerksames Auge dafür haben, daß die Simultanschule nicht untergraben wird. Zuladeln sei auch die Verteilung der Schullasten in Baden. Die Städte drohen unter den Schullasten zusammenzubrechen. Der Staat müsse hier mehr tun. Wenn die Gemeinden zusammenbrechen, breche auch der Staat zusammen. Gleiches wie bei den Schullasten treffe bei den Polizeilasten zu. Bei der Besoldungsordnung müsse ein gerechter Ausgleich stattfinden.

Daebler-Karlsruhe bespricht Schulfragen. Zwei grundlegende Auffassungen ringen um die **Schule**. Sie soll nach der einen eine religiöse Erziehungsanstalt sein, sie soll nach der andern eine Erziehungsanstalt zum tüchtigen Staatsbürger sein. Das Zentrum habe den Kampf gegen die Simultanschule bis ins kleinste Dorf hinaus organisiert, während von der Partei fast gar nichts dagegen geschehen sei. In der Arbeiterschaft herrsche eine große Gleichgültigkeit in dieser Frage. Der Antrag **Marum** treffe das Richtige. Es gelte, die **Simultanschule** auszubauen. Auch in der **Stellenbesetzung** müsse unsere Partei mehr tun. Selbst in Städten, wo die Partei auf dem Rathaus in der Mehrheit sei, habe man sich reaktionäre Lehrer aufschwätzen lassen. Das müsse besser werden. (Beifall.)

Peter Meier-Freiburg tritt den Ansichten des Gen. **Maier-Heidelberg** in der **Holz- und Milchfrage** entgegen. Die Regierung möge eingreifen, daß die Milch nicht von den Fremden weggetrunken werde. Der Pachtschutz müsse besser durchgeführt werden. Das Verbot, Getreide zu Bier zu verbrauen, sei sehr angezeigt. In der **Bildungsfrage** sollten die Genossen versuchen, in den bestehenden Einrichtungen Einfluß zu gewinnen. Mit der freien Zeit der jungen Leute sollten die Sportvereine etwas ökonomischer umgehen, damit diese jungen Leute auch noch für andere wichtige Dinge Zeit haben.

Minister Remmele-Karlsruhe behandelt verschiedene Wirtschaftsfragen. Die **Milchfrage** wurde durch die auch in Verbraucherkreisen erhobene Forderung nach freier Wirtschaft verschlechtert. Die Zwangswirtschaft in der Art der Kriegswirtschaft war nicht mehr aufrecht zu erhalten. Deshalb wäre ein Durchgangsstadium nötig gewesen. Hiervon wollte man jedoch nichts wissen. Ich will hoffen, daß man für eine solche Regelung, wie sie in der Getreideumlage vorliegt, Verständnis hat. Merkwürdig ist das Verhalten der Bevölkerung bei Erteilung der **Handelserlaubnis**. Man verlangt strengere Handhabung. Wird die Handelserlaubnis dann entzogen, dann beschwert man sich allerorts über ungerechtes Vorgehen. So liegt es auch in der **Brennholzversorgung**. Dadurch entstehen die Schwierigkeiten. Wenn die Gemeinden von ihren Rechten bei der Brennholzversorgung nicht einmal Gebrauch machen, so ist kein Recht vorhanden, Beschwerde zu führen. Wir müssen berücksichtigen, daß der Staat nur 18 Prozent des Waldbesitzes in Händen hat. Was die Wald besitzenden Gemeinden betrifft, so steht fest, daß es nichts brutaleres gibt, als diese. Wir können mit Hilfe des Brennholzes die Brennot nicht beseitigen. Wir büßen heute für die Fehler, daß wir aus inneren Differenzen nicht zu einer planmäßigen Wirtschaft gekommen sind. Schuld daran ist die Parole des Bürgertums mit dem Ausgleich von Angebot und Nachfrage, welcher Satz heute nicht gilt. Schuld ist vor allem die Tatsache, daß das **Bürgertum seinen Profit nicht stören lassen will**. Wenn wir auch Teilprobleme lösen könnten, das Grundproblem können wir nicht lösen, bevor nicht eine **Verständigung der Völker** erfolgt ist. Bei der **Papierfrage** hat eine billige Hergabe des Holzes seitens der Länder erst dann Wert, wenn die Papierverarbeitung und die Weiterverarbeitung kontrolliert wird. Die Stellung des Gen. **Reinbold** zu den Wirren bei den Rathenaudemonstrationen ist bedenklich. Der Vorgang in Singen läßt sich nicht verteidigen. (Reinbold: es geht nicht an, die Verteidiger der Republik ins Gefängnis zu stecken.) Die Landtagsfraktion und die Regierung haben keine Ursache, etwas von damals zurückzunehmen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Dr. **Engler-Karlsruhe** betont in persönlicher Bemerkung, daß er das Recht hatte, in einer Parteiversammlung gegen die Vereinigung von Württemberg und Baden zu sprechen. In der Wohnabgabefrage möchte ich dem Gen. **Hoffmann** mitteilen, daß ich weiß, daß diese Frage nicht einfach ist. Gen. Hofmann wußte jedoch nicht andere Vorschlägen zu machen als ich sie machte, wie ich betonen möchte. Die Wohnabgabe wird bekanntlich nach der Größe der Wohnungen und der Zahl der Familienangehörigen abgestuft.

Wirth-Appenweier erklärt in persönlichen Bemerkungen, daß er seine Rede im Landtag zur Reichsbahndirektion nach Rücksprache mit dem Eisenbahnerverband hielt. Das Vorgehen der Fraktion gegen den Eisenbahnbürokratismus war notwendig.

Marum-Karlsruhe weist in seinem Schlußwort darauf hin, daß die Vorgänge bei den Rathenaudemonstrationen verschiedenfach gar nicht so einfach lagen. Die Angeklagten in Durlach z. B. waren weder politisch noch gewerkschaftlich organisiert, und zwar weder bei uns noch bei den Unabhängigen oder Kommunisten. Die Leute, die die Ausschreitungen begangen haben, haben die Sache der Republik geschädigt. Die in Singen begangenen Ausschreitungen lassen sich nicht verteidigen.

Die Abstimmung über die Anträge

Angenommen werden die Anträge **Triberg** auf Förderung von Bildungsausschüssen; **Hornberg** auf stärkere Unterstützung der Arbeitersportbewegung durch die Parteipresse; **Unteröwisheim** auf Abhaltung von jährlich mindestens 4 Gemeindekonferenzen in jedem Amtsbezirk; **Weinheim** auf Ermöglichung der Herausgabe einer kommunalen Zeitschrift; **Weinheim** auf Lehrkurse zur Fortbildung der Gemeindevertreter.

Hierauf folgt die Abstimmung über den Entwurf zu einem **neuen Organisationsstatut** des Bezirksverbandes der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Badens. Das Statut wird nach kurzer Aussprache mit einigen Aenderungen angenommen.

Die vorliegenden Entschließungen zur Teuerung, Wohnungsnot und Schulwesen werden zusammenfassend in drei Resolutionen folgenden Wortlauts einstimmig angenommen:

Die Teuerung

Die fortwährende **Verschlechterung unserer Wirtschaftslage**, hervorgerufen durch die immer stärkere Entwertung der Mark, verlangt gebieterisch sofortiges schärfstes Eingreifen der Reichs- und Landesregierungen, sollen nicht große Teile des Volkes der dauernden Verelendung anheimfallen. Der badische Parteitag verlangt deshalb von Reichs- und Landtagsfraktion und von den in der badischen und Reichsregierung sitzenden Parteigenossen, daß sie mit ihrer ganzen Energie die gegenwärtig zur Stützung der Mark unternommene Aktion weitertreiben.

Von der badischen Regierung verlangt der Parteitag die unverzügliche Bereitstellung aller nur verfügbaren Mittel, um wenigstens die größte Not mildern zu können. Außerdem fordert der Parteitag Reichstags- und Landtagsfraktion auf, dafür zu sorgen, daß endlich die schon längst versprochenen Maßnahmen zur Durchführung einer planmäßigen rationellen Wirtschaft in die Tat umgesetzt werden.

Die **landwirtschaftliche Produktion** ist mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu steigern, sowohl durch Urbarmachung und Verbesserung des für die Bebauung in Frage kommenden Bodens, als auch durch rationellste Wirtschaftsführung. Der **Zwischenhandel** ist in größtmöglichstem Maße auszuschalten und gegen Wucher und Schiebergeschäfte ist mit der ganzen Strenge des Gesetzes einzuschreiten. Ebenso scharf wie dem Wucher mit landwirtschaftlichen Produkten ist auch der **Preistreiberei** von Industrie und Handel entgegen zu treten durch Brechung der **Macht der Syndikate** auf dem Gebiete der Preispolitik.

Um die Ernährung des deutschen Volkes sicher zu stellen, fordert der Parteitag ein **vollständiges Verbot der Verwendung von Getreide und Kartoffeln zur Herstellung von Bier und Branntwein.**

Behebung und Linderung der Wohnungsnot

Die herrschende **Wohnungsnot** droht zur größten Gefahr für die Gesundheit unseres Volkes zu werden. Durch die riesige Verteuerung aller Baustoffe ist der Wohnungsbau fast vollständig zum Stillstand gekommen. Der badische Parteitag nimmt Bezug auf die Beschlüsse der Parteitage von Cassel und Augsburg und beauftragt die badische Landtagsfraktion aufs nachdrücklichste, im Sinne derselben zu wirken. Insbesondere sind Maßnahmen folgender Art zu fordern:

1. Es ist für eine ausreichende, **frühzeitige Belieferung von Baustoffen Sorge zu tragen.**

2. Von Reich, Staat und Gemeinden sind die **Baukostenzuschüsse** in ausreichendem Maße unter wohlwollender Berücksichtigung der Gesuchsteller auf **raschestem Wege** zu gewähren.

3. Den Wohnungs- und Mieteinigungsämtern ist auf Grund reichs- und landesgesetzlicher Verordnung **weitgehendste Befugnis zur Beschlagnahme von Räumen zu Wohnungszwecken** und zwangsweiser Einmietung mit Vollzugsgewalt einzuräumen.

4. Die **baldige Verabschiedung des Mietschutzgesetzes** mit Ausführungsbestimmungen durch den Reichstag ist dringend erforderlich.

5. Eine **ausreichende Wohnabgabe ist von jedem Wohnungsinhaber entsprechend seiner Leistungsfähigkeit** zu erheben, damit dem Artikel 155 der Reichsverfassung Geltung verschafft werden kann. Nach diesem hat **jeder Deutsche Anspruch** auf eine gesunde luftige Wohnung.

Die Schule

Der Parteitag fordert alsbaldige Schaffung eines **Reichsschulgesetzes** auf der Grundlage des Artikels 146 R.V. Er erhebt Einspruch gegen die versuchte Verfälschung des Grundgedankens der R.V. und stellt fest, daß die **Gemeinschaftsschule die Regelschule** der R.V. ist mit Vorrang vor der konfessionellen und weltlichen Schule.

Für **Baden** tritt die V.S.P.D. ein für die Aufrechterhaltung der seit 60 Jahre bestehenden wohlbewährten **Simultanschule**. Sie verlangt **Ausbau dieser Simultanschule auf republikanischer Grundlage** unter voller Wahrung der Gewissensfreiheit für Eltern, Lehrer und Schüler. Voranstellung des Gedankens der Einheitsschule, Neugestaltung des Lehrplans, der Lese- und Lehrbücher im Sinne einer **bewußten Erziehung zum republikanischen Volksstaat und zum Völkerfrieden. Stärkere Mitarbeit der Eltern und Lehrer an Schulverwaltung und Schulaufsicht**, Beseitigung aller Schulleiter und Lehrer, die durch ihre Arbeit in der Schule bewußt und absichtlich die Republik zu schädigen suchen.

Der Parteitag beauftragt schließlich die Parteigenossen, den Bezirksvorstand und die Landtagsfraktion, **ein wachsames Auge auf die Bildung der katholischen Elternvereinigungen zu haben** und wenn erforderlich, alle Organisationen zu unterstützen, die für Erhaltung der badischen Simultanschule eintreten.

Weiter wurde folgender Antrag **Singen** angenommen:

Die heutige **Aufwandsentschädigung für die ehrenamtlich in den verschiedensten Körperschaften** wie Bezirksrat, Kreisversammlung, Kreisausschuß, Steuerausschuß Tätigen, sowie für Schöffen und Geschworenen ist infolge der großen Geldentwertung nicht mehr ausreichend. Die Uebernahme solche Aemter wird für die Arbeiterschaft durch die geringe Entschädigung unmöglich gemacht, was nicht im Interesse des Staates gelegen sein kann. Der Parteitag fordert daher, daß die maßgebenden Stellen veranlassen, daß den Vertretern der genannten Körperschaften der **entgangene Arbeitsverdienst voll entschädigt** wird.

Durch die Erklärung der Landtagsfraktion wird der Antrag Heidelberg betr. Reichseisenbahndirektion als erledigt erklärt.

Angenommen wird der Antrag **Singen** auf Zuziehung eines Vertrauensmannes des betr. Ortes seitens der Fraktion bei Behandlung örtlicher Vorkommnisse.

Angenommen wird der Antrag **Heidelberg** auf Verwahrung gegen die Schaffung eines sog. Süddeutschen Senats mit der Aufforderung, alle Strafsachen, Verwaltungssachen aus Baden von einem anderen als dem sog. Süddeutschen Senat beim Staatsgerichtshof entscheiden zu lassen.

Angenommen wird der Antrag **Mietersheim** auf Wiederherstellung des Grundstückspergesetzes.

Durch die getroffenen Regierungsmaßnahmen ist der Antrag **Distlingen** bezüglich Beseitigung der Grenzpfähle erledigt.

Angenommen wird der Antrag **Freiburg** auf Verlängerung der Reichsmilchverordnung über den 15. Juli 1923 hinaus um mindestens ein weiteres Jahr.

Angenommen wird der Antrag **Sekenheim** betr. Pachtschutz.

Hierauf erfolgt die Entlastung des Kassiers.

Das **Vertrauensvotum** für Bezirksvorstand und Fraktion wird einstimmig angenommen.

Die

Wahlen des Bezirksvorstandes und des Bezirksausschusses

erfolgen einstimmig wie folgt:

Mitglieder des Bezirksvorstandes: Georg Strobel, Karl Hahn, Oskar Geck, Heinrich Lintz, Jakob Trumpfheller, Hermann Krämer, Gustav Zimmermann, Adolf Schwarz, Albert Hoffmann, Therese Blase.

Mitglieder des Bezirksausschusses: 1. Kreis: Jakob Kahn-Singen; 2. Kreis: Adolf Kasper-Fahrnau, Karl Engesser-Basel; 3. Kreis: Peter Meier-Freiburg; 4. Kreis: Josef Winter-Offenburg, Franz Hoffmann-Offenburg; 5. Kreis: Oskar Trinks-Karlsruhe, Oskar Graf-Pforzheim, Eugen Hörmann-Karlsruhe; 6. Kreis: Max Arnold-Mannheim, Hans Brümmer-Mannheim, Dr. Emil Kraus-Mannheim; 7. Kreis: Emil Maier-Heidelberg, Josef Amann-Heidelberg; und Kunigunde Fischer-Karlsruhe.

Um 8.15 Uhr vertagt sich der Parteitag auf Sonntag früh ½9 Uhr.

2. Tag.

Die Begrüßungsansprachen

Dr. **Bührer-Offenburg** begrüßt den Parteitag namens der örtlichen Parteiorganisation mit dem Hinweis auf die alte demokratische und sozialdemokratische Tradition Offenburgs, indem er den Parteitag auffordert, der kapitalistischen Mißwirtschaft den Gedanken der Solidarität und der planmäßigen Wirtschaft entgegen zu stellen.

Dittmann-Berlin schließt sich namens des Parteivorstandes und gleichzeitig für den Vertreter Hessens, Gen. **Wittmann-Offenbach**, den Begrüßungsworten an, wobei er darauf hinweist, welch große Rolle in den letzten Jahren badische Landeskinder in der Leitung der Reichsregierung spielten. Kein Wunder, daß unsere Freiburger Parteiorganisation nur noch Reichskanzler oder Reichskanzler a. D. als Redner wünscht. (Heiterkeit.) Nachdem bisher die badische Sozialdemokratie sich als wichtiges Glied der deutschen Sozialdemokratie erwies, bin ich sicher, daß sie auch bei den Gemeindewahlen ihren Mann stehen wird. Ich bin froh, die **Einigung der beiden sozialistischen Parteien** verzeichnen zu können. Sie wird sicher befruchtend wirken. Ich will hoffen, daß sich die Resultate bereits bei den Gemeindewahlen zeigen. Möge der bisher gewaltete Geist der Brüderlichkeit auch weiterhin in der badischen Sozialdemokratie walten. (Beifall.)

Eingegangen sind Begrüßungstelegramme des **Bezirksvorstandes Oberbayern-Schwaben**, des **Bezirksverbandes Württemberg**, des **Ortsvereins Heidelberg** und des Genossen Reichstag. **Riedmiller-Köln**, früher Emmendingen.

Hierauf wird die Tagesordnung fortgesetzt.

Landtagsabgeordneter Maier

über die

Gemeinde-, Bezirksrats- und Kreistagswahlen

Parteigenossinnen und Parteigenossen! Der in den nächsten Wochen in unsem Lande sich abspielende Wahlkampf wird **besonders heftig** und für die kommenden Jahre von **grundlegender Bedeutung** sein. Das **demokratische Wahlrecht**, in Baden eine der ersten Errungenschaften der Revolution, bietet allen Kreisen der Bevölkerung die Möglichkeit, durch Abgabe des Stimmzettels auf die Gestaltung der Verhältnisse in Gemeinde und Kreis Einfluß zu gewinnen. Und die inzwischen Gesetz gewordene **neue Gemeindeordnung** trägt wenigstens teilweise den neuen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen Rechnung und ist also ein brauchbares Instrument zur Erfüllung auch der neuen Aufgaben in Gemeinde und Kreis. Diese Umstände und die Tatsache, daß auf den Rathäusern zurzeit weniger denn je nach einer gewissen Schablone gewirtschaftet werden kann, geben der Auswahl der Vertreter der Bürgerschaft **erhöhte Bedeutung**.

Der alte Obrigkeitsstaat und die bürgerlichen Parteien haben diese Bedeutung der Gemeinde- und Kreistagsvertretung von jeher erkannt. Das zeigt mit aller Deutlichkeit ein Blick auf die Geschichte unserer badischen Gemeindeordnung. Bereits in der ersten Gemeindeordnung vom Jahre 1831 wurden für die Vertretung im Bürgerausschuß gewisse **Vorrechte des Besitzes** geschaffen: nach § 28 **mußten** die Mitglieder des Ausschusses zu einem Drittel aus dem **höchstbesteuerten** Drittel der Bürgerschaft, zu einem Drittel aus dem **niedrigstbesteuerten** Drittel und zu einem Drittel aus jenen gewählt werden, welche sich zwischen dem ersten und dem letzten Drittel in der Mitte befanden. **Also ein Schutzgürtel für die Besitzenden gegen eine eventuelle Majorisierung durch die Habennichtse!** Nach der Niederwerfung der badischen Revolution 1848/49 bestimmte die „revidierte" Gemeindeordnung vom Jahre 1851, daß die **Wahlberechtigten** nach Maßgabe der in den Gemeindekataster gehörigen **Steuerkapitalien in drei Klassen** geteilt werden und daß jede dieser drei Klassen für sich ein Drittel der Mitglieder zu wählen hatte. **Hier also ein Geldsackswahlrecht in nacktester und brutalster Form!** Erst die beginnende „liberale Epoche" räumte mit dieser himmelschreienden Ungerechtigkeit auf und brachte statt der **Drittelung nach dem Steuerkapital** wenigstens die **Drittelung nach der Zahl**. Jedoch mußte die Einführung der **Einwohnergemeinde** für die Städte der Städteordnung mit der **Zwölftelung** der Wahlberechtigten und ebenso die spätere Einführung der Einwohnergemeinde in den übrigen Orten des Landes wiederum mit einer Verschlechterung des Klassenwahlrechts erkauft werden. Es bedurfte des Sturzes der nationalliberalen Mehrheit in der Badischen Zweiten Kammer und des durch das geänderte Landtagswahlrecht gewachsenen Einflusses der **Sozialdemokratie**, um im Landtag 1909/10 das Klassenwahlunrecht in den Gemeinden auf die Sechstelung zurückzudrängen und wenigstens innerhalb der Klassen den **Proporz** einzuführen. Nicht ohne heftigste Opposition der Reaktionäre, insbesondere in der Ersten Kammer. Wütend fiel der Zentrumsjunker **v. Stotzingen** den Minister **v. Bodman** an und erklärte die Auffassung des Ministers für falsch, „**daß die Kräfte, welche im Schoße des Volkes noch schlummern, zu positiver Mitarbeit herangezogen werden sollen**". Diese habe kommende Staatsumwälzungen immer nur beschleunigt. Und gerade die **badische Sozialdemokratie** sei infolge ihrer Taktik um so gefährlicher. Sie sei **als schleichende Krankheit** zu bewerten, deren Erkennen und Bekämpfung um so schwieriger werde. Die Kenntnis der Taktik der Sozialdemokratie mahne zur besonderen Vorsicht, **in diesem Gesetze nicht überstürzend vorzugehen, sondern eine ruhige, den bürgerlichen Parteien entsprechende Entwicklung zu sichern**".

Diese Auffassung über die möglichste **Fernhaltung der Sozialdemokratie von den Rathäusern** wird auch heute noch von der Mehrheit des Bürgertums geteilt, weil man — wie einmal ein preußischer Junker mit Bezug auf die preußische Dreiklassenschmach bemerkte — **den Besitzlosen nicht das Verfügungsrecht über den Geldbeutel der Besitzenden geben wolle!** Zwar haben seinerzeit auf eine Anfrage des Ministers v. Bodman die badischen Oberbürgermeister erklärt, **daß sie mit den sozialdemokratischen Stadträten gute Erfahrungen gemacht hätten.** Eine Feststellung, die ohne weiteres einleuchtet, wenn man bedenkt, wie oft die Bürgermeister mitsamt den sozialdemokratischen Gemeinde- oder Stadtratsmitgliedern um die Wahrung der Gesamtinteressen der Gemeinden zu kämpfen haben **gegen kleinliche Interessenpolitik der bürgerlichen Gruppen.**

Will man uns also von bürgerlicher und insbesondere von reaktionärer Seite möglichst von den Rathäusern fernhalten, so muß umgekehrt unser Streben mit aller zu Gebote stehenden Kraft das sein,

die Wahlerfolge unserer Partei auf das höchste zu steigern!

Die wohlverstandenen Interessen der großen Mehrheit unserer Mitbürger, der Frauen sowohl wie der Männer, **laufen mit den von der Sozialdemokratie vertretenen Grundsätzen und Forderungen parallel**, sei es auf dem Gebiet des Steuerwesens, der Bodenpolitik, der Ernährungsfrage, des Wohnungswesens, der Schulfragen, des Armen- und Fürsorgewesens usw. Anders bei den bürgerlichen Parteien, wo das Sonderinteresse des Einzelnen oder der Gruppen immer wieder das Allgemeininteresse zurückdrängt. Zwar tritt der Bauunternehmer mit großer Energie ein für manche Förderung der Bautätigkeit, aber sein Nachbar, der nur Hausbesitzer ist, will als Steuerzahler davon nichts wissen. Umgekehrt ist es dem Hausbesitzer außerordentlich angenehm, wenn er durch Gemeinderegiearbeit seine Wasser-, Gas- und elektrische Lichtleitung billig installiert bekommt, jedoch hiergegen wettern in schärfster Weise die Spengler und Installateure. Oder eine ehrwürdige Dame predigt in Wort und Schrift den Kampf gegen den Alkoholismus und seine Folgen, aber in derselben Partei, der sie angehört, sitzen ein Bierbrauereibesitzer und ein Schnapsbrenner und verlangen, daß ihrem Gewerbe unter keinen Umständen irgendwelcher Abbruch getan werden dürfe. Diesen auseinanderstrebenden Tendenzen gegenüber werden auch alle Sammeltrompeten des Bürgertums, wie sie zurzeit wieder geblasen werden, mehr oder weniger wirkungslos bleiben. Nur politische Analphabeten werden auf das Schlagwort von der großen „unpolitischen" bürgerlichen Wahlpartei hereinfallen. Kommt dazu in den kleineren Gemeinden die Auswahl der Kandidaten noch nach freundschaftlichen, nachbarlichen und verwandtschaftlichen Grundsätzen, so ist das Unglück für eine davon betroffene Gemeinde da. Hier wird die Sozialdemokratie wie bisher die erzieherische Aufgabe haben, **der Anwendung gemeinpolitischer Grundsätze bei den Wahlen Geltung zu verschaffen.**

Unsere Stellungnahme zur Kommunalpolitik überhaupt wie auch zu einzelnen Fragen derselben ist hinreichend bekannt, so daß ich nur mit wenigen Sätzen davon zu reden brauche. Das derzeit schwierigste Problem der Gemeinden,

das Finanzproblem,

ist durch die neue Steuergesetzgebung in weitem Maße dem direkten Einfluß der Gemeinden entrückt. Soweit die Gemeinden noch Finanzhoheit besitzen, wird die Sozialdemokratie dafür zu sorgen haben, daß Luxus und Verschwendungssucht steuerlich in jeder nur denkbarster Schärfe erfaßt werden, daß dann der Besitz nach Möglichkeit herangezogen wird und daß die den breiten Massen aufzuladenden Lasten sozial richtig abgestuft werden. Rechtzeitige Erhebung der genügend hoch veranlagten Steuer ist erstes Erfordernis in Zeiten so rascher Geldentwertung. Bis jetzt zahlen eigentlich nur diejenigen, welche ihre Einkommensteuer abgezogen erhalten, mit Pari-Geld; alle andern Steuerzahler dagegen mit einem oft viel wertloseren Zahlungsmittel. Unsere Parteigenossen auf den Rathäusern haben ganz besonders auch darauf zu dringen, daß die Gemeinden sich für sofortige Neueinschätzung des Liegenschafts- und Betriebsvermögens einsetzen.

Die trostlose Finanzlage der Gemeinden zwingt von selbst zu größter Sparsamkeit. Trotzdem müssen wir verlangen, daß die Kulturaufgaben und insbesondere auch die Sozialverpflichtungen der Gemeinden nicht notleiden. Diese Aufgaben sind erfahrungsgemäß in den Gemeinden am meisten im Rückstand, zu welchen die Sozialdemokratie bisher gar nicht oder nur schwach vertreten war. Für eine ausreichende Bezahlung der Gemeindebeamten und Gemeindearbeiter wird unsere Partei wie bisher auch in Zukunft eintreten. Dabei ist aber zu sagen, daß wir dafür danken müssen, wenn unsere Partei nur dann aufgesucht wird, sobald es sich um Lohn- und Gehaltsfragen handelt, während man bei den Wahlen glaubt, selbst bei den reaktionärsten Parteien hospitieren zu können, ja, daß in kleineren Gemeinden die Beamten sehr oft die Wahlmacher der bürgerlichen Parteien sind, während wir ihre Gehaltsansprüche gegen die Bürgerlichen durchdrücken sollen.

Eine umstrittene Position bei den kommenden Wahlen wird die Frage der

Vergebung der Gemeindearbeiten und Gemeindelieferungen

sein. Bei allem Verständnis für die Berücksichtigung sozialer Momente bei den Arbeitsvergebungen muß doch verlangt werden, daß mit dem gegenwärtigen Kalkulations- und Verdingungssystem baldigst gebrochen wird, sollen die Gemeinden nicht schwersten finanziellen Schaden erleiden. Gewiß, auch wir vertreten energisch jede und mögliche Förderung des Handwerks; jedoch das Handwerk muß sich entwickeln können durch Kenntnis, Tüchtigkeit und Taktraft seiner Mitglieder, durch Verwertung der technischen Verbesserungen auch in der handwerksmäßigen Produktion und durch Stärkung der wirtschaftlichen Existenz auf genossenschaftlicher Grundlage. Ein solcher Handwerkerstand hat auch in unserer Zeit noch eine Existenzberechtigung auf weiten Gebieten unseres Wirtschaftslebens; ein künstlich hochgepäppelter Handwerkerstand dagegen wird den schweren Kampf ums Dasein nicht bestehen.

Mit am heftigsten umkämpft wird zweifellos

die Frage der wirtschaftlichen Unternehmungen der Gemeinden.

Weiten Kreisen des Bürgertums ist es schon längst zum Dogma geworden, daß unsere ganze finanzielle Not in den Gemeindebetrieben, ja in der Gemeinwirtschaft überhaupt, lediglich eine Folge des Regiebetriebs ist. Daß man während des viereinhalbjährigen Massenmordes Einrichtungen und Menschen dieser Betriebe bis auf den Hund heruntergewirtschaftet hat, will man jetzt nicht mehr zugeben. Einzig die schwerfällige Form des Regiebetriebs bekommt alle Schuld aufgeladen. Nun haben wir Sozialdemokraten uns noch nie an der Form gestoßen und bei der Gemeinderegie sind wir zu jeder Formänderung bereit, falls das Prinzip des Gemeindebetriebs gewahrt bleibt. Der Regiebetrieb hätte beispielsweise sofort die nötige Beweglichkeit, sobald man ihn nach dem Vorbild einzelner preußischer Städte, aus dem Voranschlag herausnehmen und als ausgeschiedenen Betrieb kaufmännisch leiten würde. Das geht mindestens ebenso gut als wie denselben in eine Aktiengesellschaft oder in eine G. m. b. H. umzuwandeln. Unser Mißtrauen gegen die Umwandlung der Regiebetriebe in privatwirtschaftliche Unternehmen ist nicht zuletzt von der Furcht getragen, daß in den Aufsichtsräten dieser Gesellschaften nicht immer nur die Gemeindeinteressen wahrgenommen würden. In dieser Frage irgendwie Vogelstraußpolitik zu treiben, wäre falsch; vielmehr muß klar ausgesprochen werden: den bürgerlichen Gegnern der Gemeinderegie geht es ums Prinzip und vor allem wollen sie mit der Umwandlung der Regiebetriebe jeder Erweiterung auf diesem Gebiete endgültig einen Riegel vorschieben. Bei diesem Unterfangen werden sie in der Sozialdemokratie den allerschärfsten Widerstand finden.

Der Wohnungsbau und die Wohnungsbewirtschaftung

werden dem Wahlkampf ebenfalls einen starken Stempel aufdrücken. Und auch hier wieder sehen wir eine grundsätzliche Scheidung zwischen der bürgerlichen und unserer Auffassung: Für die Bürgerlichen ist die Frage der Wohnungsbewirtschaftung lediglich eine höchst unangenehme Notmaßnahme. Sobald der schlimmsten Wohnungsnot gesteuert ist, finden sie es für selbstverständlich, daß irgend eine kleine Familie aus den Reichen der alten oder der neuen Reichen 15—20 Zimmer bewohnt, während in derselben Gemeinde Hunderte von kinderreichen Proletarierfamilien in 2—3 ungesunden Löchern hausen müssen. Wer unsere Forderungen auf dem Gebiete des Wohnungswesens kennt, sieht ohne weiteres den abgrundtiefen Riß zwischen unserer und der bürgerlichen Denkweise. Wir sehen im gegenwärtigen Wohnungsbau neben der Befriedigung des brennendsten Wohnungsbedürfnisses einen Anfang zu einer zukünftigen gemeinwirtschaftlichen Lösung des Mietwohnungswesens. Für die bürgerlichen Parteien und Gruppen ist derselbe nur eine unliebsame Episode mit dem einzigen Ziel, möglichst bald wieder zur sogen. „freien" Bautätigkeit zurückzukehren, deren einziger Grundsatz Geldverdienen ist.

Beim Kapitel Schulwesen ist zu erwarten, daß namentlich vonseiten des Zentrums und der Deutschnationalen die Frage des Religionsunterrichts wieder als Popanz im Wahlkampf vorangetragen wird. Das braucht uns nicht abzuhalten, unsere Stellungnahme genau so zu präzisieren, wie wir es im verflossenen Landtagswahlkampf getan; nämlich: die Erhaltung unserer badischen Simultanschule mit aller Kraft zu verteidigen. Im übrigen haben unsere Genossen auf den Rathäusern heute ihre Hauptaufgabe darin zu erblicken, daß unsere Schulen und ganz besonders die Volksschulen weder infolge finanzieller Schwierigkeiten der Gemeinden, noch solcher einzelner Eltern in ihren Unterrichtsleistungen zurückgehen. Ein guter Schulsack und für den Handwerker noch eine gute, auch durch die Schule unterstützte Lehrlingsausbildung sind schließlich das Einzige, was wir der heranwachsenden Generation noch vererben können.

Der Sozialdemokratie, als der Partei der wirtschaftlich Schwachen und Ausgebeuteten, obliegt es an erster Stelle, dafür Sorge zu tragen, daß die Gemeinden auf dem Gebiete der

Gesundheitspflege und der gesamten Fürsorgetätigkeit

trotz aller Notlage das Aeußerste leisten. Gerade in der jetzigen Zeit, in der nicht bloß die Opfer der kapitalistischen Weltordnung, sondern insbesondere auch diejenigen des Militarismus in immer größere Not geraten, haben die Gemeinden den Pflichten weitestgehender Fürsorge zu genügen. Insbesondere den in der Gemeindeverwaltung tätigen Frauen eröffnet sich auf diesen Gebieten ein zwar mühevolles, aber auch dankbares Arbeitsfeld.

Der Aufmarsch zum Wahlkampf

wird trotz der bürgerlichen Sammlungsversuche eine ganze Anzahl von Kandidatenlisten auf die Bildfläche bringen. Nicht bloß die politischen Parteien, sondern außerdem noch eine Reihe von Interessentengruppen werden wohl auch diesmal wieder mit besonderen Listen in den Wahlkampf ziehen. Von unserem sozialdemokratischen Standpunkt aus betrachtet, stehen uns alle so ziemlich gleich fern, denn selbst die Parteien, mit denen wir im Lande und im Reich Koalitionspolitik treiben, lassen in der Gemeinde zumeist jede politische Weitsicht aber auch jede Grundsatzfestigkeit vermissen.

So stehen wir also allein im Kampfe um die Durchführung einer freiheitlichen, sozial gerechten und der zukünftigen Entwicklung Rechnung tragenden Gemeindepolitik. Denn links von uns steht neben einem Haufen unklarer, infolge der großen Not verbitterter und verzweifelter Leute nur noch ein Grüppchen von Querköpfen, unfähig zu jeder praktischen Aufbauarbeit. Diese werden den Wahlkampf wie immer nicht etwa gegen das Bürgertum führen, sondern durch ihre Phrasen und Verleumdungen hauptsächlich der Sozialdemokratie eins auszuwischen versuchen.

Parteigenossen! Aber deshalb werden wir weder wanken noch weichen! Wir Sozialdemokraten wissen, um was es bei diesen Wahlen geht. Und wir haben die heilige Pflicht, diese unsere Erkenntnis in die Wählermassen in Stadt und Land hineinzutragen, damit die Pläne der Reaktion zuschanden gemacht werden können! Jedes von der Sozialdemokratie eroberte Mandat in der Gemeindevertretung, im Bezirksrat oder für den Kreistag bedeutet eine Stärkung der demokratischen Republik und einen Baustein an dem Menschheitsbau der Zukunft!

Die Aussprache

Dreifuß-Mannheim: Der Referent hat recht, wenn er meinte, der Kampf mit dem Bürgertum bei den Gemeindewahlen werde ein schwerer sein. In Mannheim haben acht Parteien Listen eingereicht. Es geht ums Ganze. Vor allem muß unsere Jugend auch mehr für die Gemeindepolitik interessiert werden. Im Wahlkampf dürfen keine größeren Versprechungen gemacht werden, als wie sie angesichts der Notlage der Gemeinden erfüllbar sind. Der § 68 der GO. (gemischt beschließender Ausschuß) genügt nicht, um über die Schwierigkeiten hinwegzukommen. Den Gemeinden sind höhere Anteile an der Einkommensteuer zu gewähren, ebenso an der Umsatzsteuer. Die Grundstücksverkehrssteuer ist den Gemeinden ganz zu belassen. Die Ueberführung kommunaler Regiebetriebe in gemischt-wirtschaftliche ist vorsichtig zu behandeln. Kaufmännisch wirtschaftlicher Geist muß obwalten, die Schwerfälligkeit des bürokratischen Verwaltungsapparates muß ausgeschaltet werden. Das Land muß die Gemeinden beim Wohnungsbau mehr unterstützen.

Frau **Knecht-Durlach:** Die Frauen müssen mehr zur Mitarbeit in der Gemeinde herangezogen werden. Ihre praktische Veranlagung befähigt sie insbesondere für die Mitarbeit auf sozialpolitischem Gebiet (Säuglingspflege, Fürsorgewesen, Armenfürsorge). Auch das fürchterliche Wohnungselend macht die Mithilfe der Frau dringend notwendig im Interesse der Minderbemittelten und ihrer Kinder. In den Schulkommissionen sollten ebenfalls Genossinnen vertreten sein. Die Partei möge die Wünsche der Genossinnen beachten. (Lebhafter Beifall.)

Bolz-Seckenheim: Die Wünsche der Frauen sind berechtigt, aber ihre Erfüllung scheitert leider sehr oft am politischen Indifferentismus der Frauen, der sich in Unterstützung der gegnerischen Parteien bei den Wahlen äußert. Die Einengung der Steuerhoheit der Gemeinden erschwert die fortschrittliche Wirtschaft. Die gesetzlichen Unterlagen zur Bekämpfung des Wuchers auf dem Gebiete der Verpachtungen und der Nahrungsmittelerzeugung sind ungenügend. Die Gemeinden müssen das Bildungswesen nach Möglichkeit fördern. Unsere Partei wird bei Besetzung von Lehrerstellen offensichtlich benachteiligt. Bei der Auswahl der Kandidaten für die Gemeindevertretung muß die Befähigung ausschlaggebend sein.

Rentschler-Rastatt: Die Partei sollte ein gemeinsames Wahlflugblatt für die Gemeinde-, Bezirksrats- und Kreisversammlungswahlen herausgeben.

Dr. Bührer-Offenburg: Der Parteitag sollte den Antrag 35, der die Ueberführung von Regiebetrieben in gemischtwirtschaftliche unmöglich machen soll, ablehnen. Wir können uns nicht festlegen. Dort, wo gemischtwirtschaftliche Betriebe bestehen oder entstehen, muß unser Bestreben darauf gerichtet sein, den überragenden Einfluß des Gemeinderats und Bürgerausschusses sicher zu stellen. Die Wohnungsnot ist größer als sie vielen erscheint. Die Wohnungsabgabe muß sozial abgestuft werden. Besser wäre ein Zuschlag zur Einkommensteuer. Dadurch würden die größten Einkommen besser zur Wohnungsabgabe herangezogen. (Beifall.)

Maier-Hörden begründet den Antrag 33, den Anteil der Gemeinden am Ertrag der Steuern zu erhöhen.

Minister Dr. **Engler-Karlsruhe:** Dem Gen. Dr. Bührer ist zuzustimmen, daß wir uns nicht festlegen können, ob gemischtwirtschaftlich oder Regiebetrieb. Die Gewinnung der Mittel für Wohnungsbau durch Zuschläge zur Einkommensteuer ist nicht möglich. Die drohende Finanzkontrolle macht das schon unmöglich. Die soziale Abstufung muß durch Staffelung nach der Größe des Wohnungsraumes erreicht werden.

Maier-Heidelberg (Schlußwort): Vor der Propagierung des Gedankens, die Wohnabgabe durch Zuschläge zur Einkommensteuer zu erheben, ist zu warnen. In der Frage der Betriebsform müssen wir uns Bewegungsfreiheit erhalten. Gefährlich ist die Wahrung der gemeinwirtschaftlichen Grundsätze in den Aufsichtsräten gemischtwirtschaftlicher Betriebe die Besetzung derselben durch bürgerliche Vertreter. Für diese handelt es sich vielfach nicht um die Wirtschaftlichkeit, sondern um das Prinzip. Die Regiebetriebe sind ihnen ein Dorn im Auge. Bei den Wahlen müssen die tüchtigsten Kräfte in der Partei aufgestellt werden.

Abstimmung: Die Anträge 33, 34 und 36 werden angenommen. Antrag 35, die Festlegung der Partei bezüglich der Betriebsform, wird abgelehnt.

Es folgt das Referat über

Die außen- und innerpolitische Lage

Reichstagsabg. Gen. **Dittmann-Berlin** weist eingangs seiner Rede auf die schwierige außen- und innerpolitische Lage hin. Die Regierung wurde in die Erbschaft des zusammengebrochenen alten Systems in ein Netz von Zwangsläufigkeiten hineingestellt. Ludendorff und Helfferich hatten ihre Raubbaupolitik am deutschen Volke solange fortgesetzt, bis wir zusammenbrachen. Die Sieger haben dann Deutschland immer schwerere Bedingungen und dann das Versailler Diktat auferlegt. Der Regierung blieb nichts anderes übrig, als zu unterzeichnen, um nicht noch härtere Bedingungen annehmen zu müssen. Ohne die Unterzeichnung wäre die Besetzung des Ruhrgebiets erfolgt und die Entente hätte dann auch nicht vor den Fabriken Halt gemacht. Unter Fehrenbach wurde dann bei den „Fachministern" das Exempel darauf gemacht, wie es ist, wenn wir nicht unterzeichnen. Es erfolgte die Besetzung von Duisburg und Düsseldorf, die wir heute noch nicht los sind. Als die Bescherung da war, machten es die „Fachmänner" des Herrn Stinnes wie Ludendorff; sie liefen davon. Es kam

das Kabinett Wirth,

das nach bestem Willen im Rahmen des Möglichen zu erfüllen suchte. Dabei wurde jedoch immer darauf hingewiesen, daß der deutschen Wirtschaft eine restlose Erfüllung unmöglich ist. Man zeigte jedoch immer den guten Willen. Die politischen Erfolge — nicht Sentimentalität oder Liebe zu uns — führten, wie wir es vorausgesagt hatten, in England und Amerika zum Umschwung der Stimmung. Auch in Frankreich wird es besser. Unter Poincaré kam jedoch in Frankreich wieder ein Rückschlag. Die bedingte

Erfüllungspolitik

des Herrn Wirth brachte eine ganz andere Atmosphäre als zuvor. Die Sanktionen hörten auf. Ein Wandel in der Ententepolitik ist zweifellos zu verzeichnen. Die internationale Atmosphäre war im Sommer bereits derart gereift, daß eine internationale Konferenz zur Besserung des Reparationsproblems zu erwarten war. Zweifellos hat die Erfüllungspolitik diese Aenderung bewirkt zum Bedauern unserer Nationalisten. Da kamen Ereignisse, die alles Errungene wieder in Frage stellten. Der Krieg und sein Ausgang hatte Mißtrauen gegen unsere Währung geschaffen. Zweifellos wirkten dann die Reparationszahlen ungünstig auf den Stand der Mark. Das kapitalistische Wirtschaftssystem und die Spekulation bewirkten jedoch eine weitere ungünstige Entwicklung der Mark. Dies sehen wir heute, wo wir durch das Abkommen von Brüssel eine Pause in den Zahlungen erreichten. Trotzdem haben wir seit dem Rathenaumord eine Geldentwertung auf das fünfzehnfache zu verzeichnen. Hier sehen wir die Folgen des schrankenlosen kapitalistischen Wirtschaftssystems.

Nachdem die Kapitalisten durch ihre Hetze gegen die

Zwangswirtschaft

ihr Ziel erreicht hatten und die Zwangswirtschaft restlos fiel, sehen wir heute die Folgen des freien Handels wie vor dem Kriege schon. Die Freiheit des Handels ist zu einer Wucherfreiheit geworden. (Sehr richtig!) Wir haben die Herrschaft der Syndikate. (Sehr richtig!) Wir sehen den Zusammenschluß des Kapitals zur Ausbeutung der Käufer. Ein Heer von Schiebern und Wucherern schiebt sich zwischen Produzenten und Konsumenten ein. Das ist der Segen der vielgepriesenen freien Wirtschaft. Die großen Konzerne kauften Auslandsdevisen, um damit zu spekulieren. Je mehr ausländische Devisen gekauft wurden, umso mehr sank die Mark, umso mehr Wert gewannen die Auslandsdevisen. Eine wüste Spekulation setzte ein. Unter der Leitung nationalistischer Bankdirektoren wurde in allen Kreisen der Banken und Angestellten immer stärker spekuliert. So war es kein Wunder, daß die Mark immer stärker fiel. Auf diese Weise kamen auch reelle Geschäftsleute dazu, zu ihrer Sicherung sich Devisen zu beschaffen, ja manche Privatleute fanden es allmählich vorteilhaft, sich für spätere Anschaffungen Devisen zu sichern. Die Preisberechnung erfolgte immer mehr nach Gulden, Francs und Dollar. So kam der

Zerfall unserer Währung

mit seinen katastrophalen Folgen. Die Wirtschaftskrise zog immer weitere Kreise. Die Not wurde Normalzustand. Keine sozialdemokratische Partei kann für diesen Zustand die Verantwortung übernehmen. Der Reichswirtschaftsminister, Gen. Schmidt, schlug deshalb bereits im Juli Maßnahmen gegen diesen Zusammenbruch vor. Die Vorschläge wurden jedoch vom Reichsfinanzministerium, in dem deutschnationale Beamte als Saboteure sitzen, unmöglich gemacht. Ueber diesen Saboteuren steht Herr Hermes als Minister, der dem Stinnesflügel des Zentrums angehört. Der Devisenordnung hätten sich gleichzeitig sofortige Maßnahmen für die Stabilisierung der Mark beigesellen müssen. Um den Devisenhandel zu verhindern, müßte man vor allem mit Hilfe des Goldes der Reichsbank ein wertbeständiges Inlandspapier schaffen. Erst hierzu müßte sich die Devisenordnung gesellen. Die Reichstagsfraktion verlangte energisches Durchgreifen in dieser Richtung. Die Stabilisierung der Mark ist das erste Erfordernis, um die Not zu bekämpfen.

Für eine weitere Untätigkeit der Reichsregierung kann die Sozialdemokratie die Verantwortung nicht weiter tragen.

(Sehr richtig!) Dies sind wir unsern Wählern, den Arbeitern Angestellten und Beamten schuldig. Die bürgerlichen Parteien sind Sturm gelaufen gegen die Devisenordnung; nun scheinen sie sich anders besonnen zu haben. Dagegen wollen sie von der Aktion für die Mark nichts wissen. Herr Havenstein hat sich in den Kopf gesetzt, die Reichsbankmilliarde für den aller äußersten Notfall als Reserve zurück zu behalten. Wir sind der Auffassung, daß dieser äußerste Moment bereits da ist. (Sehr richtig!)

Die Deutsche Volkspartei wird vollständig beherrscht von der Großfinanz, die sich durch Eingriffe nicht stören lassen will. Die Deutsche Volkspartei singt das Lied: Nur mehr Arbeit kann uns retten, womit sie dem

Achtstundentag

an den Hals gehen will. Herr Thyssen tritt für den Zehnstundentag ein. Die Arbeiterschaft und die Angestellten werden sich mit allen Mitteln gegen die Beseitigung des Achtstundentages zur Wehr setzen. (Beifall.) Es ist nicht richtig, daß der Achtstundentag produktionshemmend wirkt. Wo ein Rückgang vorkommt, liegt er an den mangelhaften Produktionsmitteln. Die Arbeitsleistung selbst hat sich vielfach gehoben. Wenn der technische Produktionsapparat zurückging, so tragen hieran die deutschen Kapitalisten infolge ihrer veralteten Produktionsmethoden die Schuld. Den Arbeitern und dem Achtstundentag kann man keine Schuld zuschieben.

Es stehen harte Kämpfe bevor. In diesem Kampfe muß die Arbeiterschaft einig und geschlossen dastehen. Um so erfreulicher ist es, daß es gelungen ist, die beiden sozialdemokratischen Parteien zusammen zu fassen. (Beifall.) Die bürgerlichen Parteien suchen sich gegen diese Vereinigung durch die Arbeitsgemeinschaft zu helfen. Zentrum und Demokraten flüchteten sich in die Arme der Stinnespartei, wobei versucht wird, diese in die Regierung zu bringen. Welche Folgen die Markkrise hat, sehen wir an der Reise der Reparationskommission nach Berlin. Es wäre bedauerlich, wenn sich die deutsche Regierung erst von der Reparationskommission die erforderlichen Maßnahmen für die Stützung der Mark aufnötigen lassen müßte. Wir Sozialdemokraten haben alles Interesse daran, daß das Aktivum der Regierung Wirth in der Außenpolitik nicht zerstört wird. Wir dürfen an der Erfüllungspolitik des Herrn Wirth nichts abbröckeln lassen. Denn hört die Erfüllungspolitik auf, dann sind alle Aussichten vorüber, die Reparationslasten zu mildern. Das Schicksal Oesterreichs stünde uns bevor. Raffen wir uns nicht auf, die Mark selbst zu stützen, so steht uns die Finanzkontrolle bevor. Die „Versklavung" Deutschlands lehnen wir ab.

Es gibt eine Grenze, wo es uns unmöglich ist, die Verantwortung weiter mitzutragen. (Sehr richtig!) Als sozialdemokratische Partei müssen wir verlangen, daß Volksinteressen vor kapitalistische Interessen gestellt werden. Wenn man versucht, aus der Arbeitsgemeinschaft einen

Antisozialistenblock

zu machen, so fürchten wir uns auch davor nicht. Wir werden den Kampf mit den Mitteln, die uns aufgenötigt werden, führen. Wir werden unsere Mitarbeit nicht leichtfertig versagen, aber über allem steht uns das Wohl des arbeitenden Volkes. Dies gilt, mag kommen was da will. (Lebhafter Beifall.)

Eine Aussprache findet nicht statt.

Die Anträge zur Reichspolitik werden der Reichstagsfraktion überwiesen.

Der Bericht der Mandatprüfungskommission lautet: 987 Mitgliedschaften mit 152 Delegierten, 12 Pressevertreter, 4 Fraktionsmitglieder, 14 Bezirksausschußmitglieder, 9 Mitglieder des Bezirksvorstandes, Gen. Geck von der Reichstagsfraktion,

Gen. Dittmann vom Parteivorstand, Gen. Wittmann vom hessischen Landesvorstand.

Die Tagesordnung ist damit erschöpft.

Vorsitzender Strobel weist in seinem

Schlußwort

auf den Geist der Kameradschaftlichkeit und Brüderlichkeit hin, der auf dem Parteitag geherrscht hat. Dieser gibt Gewähr, daß auch in Zukunft gute Arbeit für das Proletariat geleistet wird. Die Parteitagsverhandlungen standen auf hoher Stufe. Gen. Ritzert scheidet aus dem Bezirksvorstande aus bezw. ist nicht wieder gewählt worden, weil er den Bürgermeisterposten in Durlach übernimmt. Weiter scheiden aus dem Bezirksausschuß aus: Korn-Singen, Dr. Kullmann-Karlsruhe, Stefan Meier-Freiburg. Der Parteitag hat gute Arbeit geleistet. Die Beschlüsse ermöglichen den Genossen im Lande im Geiste des Sozialismus zu arbeiten. Die

Not der Presse

ist gestern stark hervorgehoben worden. Es ist deshalb notwendig, für eine **stärkere Verbreitung** der sozialistischen Presse zu sorgen. Interessant waren die Ausführungen des Genossen Dittmann zu der außen- und innenpolitischen Lage. Sie zeigen, daß wir vor schwierigen Fragen stehen. Die **Opferwilligkeit der Genossen** muß angeregt werden. Der Partei würde durch **freiwillige Beiträge** eine wesentliche Hilfe zuteil. Die Teuerungsfrage, die Wohnungsfrage sind vom Parteitag in ihrem vollen Ernst gewürdigt worden, entsprechende Vorschläge wurden gemacht; wir wollen hoffen, daß wir dem nächsten Parteitag nur Gutes über die Auswirkungen berichten können. Der Parteitag hat Verständnis bekundet für die kulturellen Bedürfnisse des Volkes. Zur Schulfrage hat die badische Sozialdemokratie ihren Standpunkt in einem einstimmig angenommenen Antrag präzisiert. Die angenommenen Anträge sind die Richtlinien für unsere nächsten Arbeiten. Der **Gemeindewahlkampf** muß nach großen Gesichtspunkten geführt werden. Wenn alle Genossen in der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Badens ihre Pflicht erfüllen, so wird der **19. November** ein Ehrentag für die Partei sein.

Die allgemeine Situation ist düster, die Zukunft liegt finster vor uns, der Pessimismus hat viele erfaßt und sie glauben nicht mehr an einen raschen Aufstieg des deutschen Volkes. Furchtbar ist die Not weiter Teile unserer Volksgenossen, ein schwerer Winter steht vor uns, aber der Aufstieg muß wieder kommen, er kann aber nicht kommen durch die bürgerliche Politik, sondern

der Sozialismus muß die Rettung bringen.

Wir haben keine Ursache, den Kopf hängen zu lassen. Wenn wir nur wollen, und wir müssen wollen, dann muß es uns gelingen, alle Widerstände zu überwinden. Für uns muß gelten, was wir schon so oft gesungen haben

Nicht zählen wir den Feind, nicht die Gefahren all.

Unser Ziel ist: Wir müssen den Feind besiegen. Dem Sozialismus gehört die Zukunft. Frisch auf an die Arbeit. Genossinnen und Genossen! Ich fordere Euch auf, das Gelübde der Treue für den Sozialismus zu bekräftigen durch den Ruf:

Die internationale, die deutsche, die badische Sozialdemokratie, sie lebe hoch!

Der Parteitag stimmt begeistert in das Hoch ein.

Damit waren die Verhandlungen des Parteitages geschlossen.

Aus der Stadt

* **Karlsruhe,** 30. Oktober

Geschichtskalender

30. Oktober. 1910 †Henry Dunant, Begründer des Roten Kreuzes und der Genfer Konvention. — 1918 Nationalregierung in Wien. Stürmische Kundgebungen. — 1918 Oesterreich räumt Italien und Serbien.

Karlsruher Parteinachrichten

Sozialdem. Bürgerausschußfraktion. Heute Montag abend 8 Uhr im großen Rathaussaal Fraktionssitzung. Vollzähliges Erscheinen der Fraktionsmitglieder erfordert die wichtige Tagesordnung.

Der Hungerbrotpreis

Eine mehr wie 100prozentige Brotpreis-Erhöhung

für **rationiertes Brot** tritt von heute ab in Kraft. Es kostet nun ein **1500 Gramm-Brot 76 M**, ein **750 Gramm-Brot 38 M**, ein Pfund Brotmehl **26 M**. Begründet wird vom Nahrungsmittelamt die Erhöhung mit der **Steigerung der Mehlpreise von nahezu 300 Prozent.** Und wir fügen hinzu: Die Steigerung der Mehlpreise kommt hauptsächlich von der von sämtlichen **bürgerlichen Parteien** im Reichstag bewilligten **Erhöhung des Preises für Umlagegetreide.**

Die Brotpreiserhöhung wirkt katastrophal auf den Lebensunterhalt, auf das Familienleben, das die bürgerlichen Parteien, insbesondere das Zentrum, immer zu schützen vorgeben. Eine fünfköpfige Familie braucht also bei ganz minimaler Berechnung von 3 Laib Brot auf den Kopf **in einer Woche allein bereits 1200 M** nur für das Brot! Nun trifft es aber in 14 Tagen nur 5 Laib rationiertes Brot auf den Kopf, sodaß noch zu markenfreiem Brot gegriffen werden muß, sich also die Ausgaben für Brot noch höher stellen.

Woher der Familienvater das Geld nehmen soll für andere Lebensmittel, zur Bestreitung der Miete, Kohlen, Kleidung, Licht usw., darüber machen sich scheints die Lieblinge der Agrarier keine Sorgen. Wenn nur der unersättliche Agrarier-Magen gefüllt ist, das ist bei ihnen die Hauptsache, ob andere infolge Hunger dahinsiechen, scheint den Brotverteuerern der bürgerlichen Parteien Nebensache zu sein.

Auch das markenfreie Brot erfährt eine gewaltige Preiserhöhung. Es ist auch gar nicht anders möglich, wenn man bedenkt, daß der Doppelzentner Mehl ab Mühle mit **35 500 M** berechnet wird. Dazu kommen Fracht und allerhand Spesen, bis das Mehl endlich im Kleinverkauf an die Konsumenten gelangt. Wir wagen nicht zu prophezeien, wie hoch sich nun ein Pfund im Preis stellen wird, es graut uns davor, denn es sind Verzweiflungsziffern, die man nennen müßte.

Einen kleinen Vorgeschmack über die Wirkungen bekommt man, wenn man die Preise für markenfreies Brot ansieht. Sie betragen für: 80 Gramm Wasserweck **24 M**, 250 Gramm Weißbrot **70 M**, 400 Gramm Halbweißbrot **70 M**, 500 Gramm Kornbrot **80 M**, Salzweck, Bretzel usw. **12 M**.

Wirklich nette Zeiten, in denen wir leben, die man mit Recht als verrückt bezeichnet.

Achtung, Betriebsräte!

-f. Nachdem nun verschiedene Betriebe der Metallindustrie, das Murgwerk, das städt. Gaswerk, der Lebensbedürfnisverein, sowie die Hauptwerkstätte besichtigt wurden, findet am Freitag, 3. November, nachmittags 2 Uhr, die Besichtigung der Brauerei und Preßhefefabrik vorm. Sinner in Grünwinkel statt. Es wird gebeten, daß die Teilnehmer sich pünktlich um 2 Uhr vor dem Betriebe versammeln. Abfahrt mit der Straßenbahn Kühler Krug Umsteigen am Kühlen Krug nach Grünwinkel.

Gedenktag für die Gefallenen

Die Tage Allerheiligen — Allerseelen nahen, die Tage, an denen wir neben unsern Anverwandten und Freunden in erster Linie der Gefallenen im Weltkriege gedenken. Der Besuch am gestrigen Tage galt daher in erster Linie dem großen Ehrenfriedhof der im Kriege gefallenen und verstorbenen Soldaten, deren Gräber von liebender Hand geschmückt sind. Nachmittags 3 Uhr hielt der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen eine eindrucksvolle Gedenkfeier an den Gräbern ab, die trotz des rieselnden Regens stark besucht war. Als Vertreter der Stadt sind die Herren Oberbürgermeister Dr. Finter und Bürgermeister Dr. Horstmann erschienen, auch die verschiedenen staatlichen Behörden waren vertreten. Die Feier wurde eingeleitet von einem Choral der Schülerkapelle unter Leitung des Herrn Hauptlehrers Wölfle und einem Gesangsvortrag des Silcherbundes „Süß und ruhig ist der Schlummer". Alsdann nahm der Gauvorsitzende des Reichsbundes, Eberle, das Wort zu einer inhaltsreichen Gedächtnisrede, in der er u. a. ausführte: Länger als 8 Jahre sind verflossen, seit die Züge ununterbrochen nach Westen und Osten das kostbare Gut des Volkes, unsere gesunde, starke und fröhliche Jugend dem Schrecknis des Kriegswahnsinns entgegenführten, und 4 Jahre nach Beendigung des Krieges liegt uns wiederum die schmerzliche Pflicht ob, das Gedächtnis der Soldaten zu ehren, die die Heimat nicht wieder sehen sollten. Ihre Zahl zählt nach Millionen. Noch nie in der Weltgeschichte hat ein Krieg solche Leichenhügel, soviel durchweinte Nächte, gebrochene Herzen, zerstörtes Glück und innige Hoffnungen erzeugt, wie der, den unser Geschlecht zu tragen hat, und dessen schwere Hand noch lasten wird auf unsern Kindern und Kindeskindern, denn die Sünden der Väter rächen sich bis ins dritte und vierte Glied. Warum und wofür? Diese Schicksalsfrage, die zugleich eine furchtbare Anklage enthält, drängt sich immer wieder auf unsere Lippen. Weil die Menschheit, die nur mit einem dünnen Firnis von Kultur und Zivilisation übertüncht ist, trotz der Geschichte noch nicht gelernt hatte, daß der Krieg nichts anderes ist, als eine moralische Pestilenz, die das ganze Volk ansteckt und an der die schönsten hoffnungsvollsten Nationen der Welt zugrunde gegangen sind.

Die Prediger des Krieges lehrten uns, der Krieg ist eine Schule der Opferung. Jawohl! Aber die Opfer sind ohne Segen, denn sie sind falschen Göttern dargebracht. Wenn die Millionen Toten heute noch einmal aufstehen und zu uns sprechen könnten, dann würden sie wohl ihre letzte Kraft, um einen einzelnen gellenden Schrei auszustoßen, den Schrei: „Haltet das fünfte Gebot in Zukunft besser als in der Vergangenheit! Nieder mit dem Kriege, Tod jeder Menschenschlächterei."

Auch wir können heute in dieser Stunde, deren Weihe Millionen von deutschen Herzen in Deutschland ergreifen, im Andenken an die toten Brüder nichts besseres tun, als unsere Schmerzen, unsere Enttäuschung und unsere Verzweiflung zusammenfassen in den Schwur: Kein Tag und keine Stunde müde zu sein in der Arbeit an der Veredlung des ganzen Geschlechts und der Heranbildung des Menschen. Edel, hilfreich und gut zu sein.

Abscheu und Verachtung vor dem Blutvergießen zur zweiten Natur werden läßt, die nicht duldet, daß sie durch Selbstzerfleischung erniedrigt und an den Bettelstab gebracht wird. Unsere Verzweiflung könnte sich zum Wahnsinn steigern, wenn wir uns immer wieder sagen müßten, daß unsere Toten für nichts anderes gestorben seien, als für den Trümmerhaufen von Hoffnung und Glück, den der Krieg uns hinterlassen hat. Es bleibt uns kein anderer Trost, als den wahren Sinn des Krieges in der Befreiung aus dem Zustande wirtschaftlicher und politischer Gebundenheit zu erblicken, in dem sich die Völker und insbesondere das deutsche Volk vor dem Kriege befanden. Wenn unsere Brüder so die Grundlage erkämpfen halfen, auf denen eine neue soziale und politische Ordnung der Dinge aufgebaut werden kann, die uns garantieren für die Freiheit und gegen die Wiederholung solcher Katastrophen, dann sind sie nicht umsonst gestorben. Der heutige Tag, und die uns ehrende Anwesenheit so vieler Persönlichkeiten in verantwortlicher Stellung unseres Staates, erscheint uns aber auch geeignet, ein ernstes Wort zu richten an das deutsche Volk und die von ihm bestimmte Regierung. Unsere Brüder sind gefallen in der unerschütterlichen Hoffnung, daß das Vaterland, das ein so großes Opfer von ihnen forderte, dafür sorgen werde, daß die Not und die Verzweiflung von ihren Witwen, ihren Kindern und ihren Eltern ferngehalten werden. Auch in seiner tiefsten Not darf das Volk und seine Regierung sich der Pflicht nicht entziehen, die äußersten Besorgnisse von den Opfern des Krieges fernzuhalten und von ihnen durch energische soziale Hilfe das Gefühl verscheuchen, als ob nicht alles geschehe, um ihr Los zu erleichtern. Wenn alle lebendigen und schöpferischen Kräfte zusammenarbeiten, um das Volk aus voller Tiefe wieder emporzuführen zum Licht und neuen Leben, dann erst werden wir auch seelisch gesunden, dann dürfen wir hoffen, daß der Tränenstrom versiegt und an seine Stelle die abgeklärte Aussöhnung mit dem harten Schicksal unserer Zeit treten wird.

Mit einem weiteren Vortrag des Liedes „Heil den Gefallenen" von Ludw. Keller-Karlsruhe und einem Choral und Trauermarsch der Schülerkapelle schloß die eindrucksvolle Feier.

* **Broteinkauf auf Vorrat** wurde am Samstag infolge der erhöhten Preise von heute Montag ab von vielen getätigt und versucht. Der Andrang zu den Bäckerläden war ein ungeheurer, mitunter war geradezu der reinste Sturm auf die Bäckerläden zu beobachten, sodaß verschiedene schon am Nachmittag die Läden geschlossen hatten, da nach den Angaben der Ladeninhaber das Brot ausverkauft war. Vor einer Bäckerei der Südstadt standen die Broteinkäufer noch bis gegen 9 Uhr abends, um Brot zu erhalten. Das Brothamstern hatte natürlich die unangenehme Folge zu verzeichnen, daß zahlreiche Familien überhaupt kein Brot mehr erhielten.

p. **Unfall mit Todesfolge.** Am 28. d. Mts., vorm. 9 Uhr, zersprang in einer Eisengießerei im Stadtteil Mühlburg eine neuaufmontierte Schmirgelscheibe. Stücke der Scheibe trafen einen verheirateten 50 Jahre alten Schleifer so heftig gegen die Brust, daß der Tod sofort eintrat.

Kindertransport. Am Dienstag, 31. Oktober, abends 7.54 Uhr treffen 80 Kinder aus dem Kindersolbad Rheinfelden wieder in Karlsruhe ein. Die Kinder waren durch den Verein Jugendhilfe 6 Wochen lang zur Erholung und Kräftigung ihrer Gesundheit untergebracht.

= **Verweigerung der Ueberstundenarbeit durch die Bankangestellten.** Wie D. Z. berichtet, verweigern, wie in einer Reihe anderer Städte, auch die Angestellten der hiesigen Banken die Leistung von Ueberstundenarbeit, da die Bankangestelltenorganisationen den Schiedsspruch über das Oktoberabkommen abgelehnt haben und das Reichsarbeitsministerium bis jetzt neue Verhandlungen nicht ansetzte.

Mieterversammlung. Auf die heute abend in der Brauerei Kammerer, Waldhornstraße, stattfindende Mieterversammlung machen wir auch an dieser Stelle aufmerksam.

Konzerte. Heute Montag abend wird Dr. W. Rosenthal zum erstenmal in Karlsruher Eintrachtsaale singen. Er zählt zu den hervorragendsten Konzertsängern Deutschlands. Am gleichen Abend, Beginn 8 Uhr, findet im Künstlerhaussaal ein Tanzabend statt. Aenne Osborn, die sich vor Jahresfrist so glänzend als hervorragende Tanzkünstlerin hier einführte, wird sich zum zweitenmale vorstellen mit völlig neuen Tänzen und Kostümen. — Vorträge für zwei Klaviere kann man Dienstag, 31. Oktober, im Eintrachtsaale hören. Zu diesem außerordentlich verdienstvollen musikalischen Unternehmen haben sich vereinigt Willi Renner und Käthe Wiß. Karten sind an der Abendkasse sowie im Vorverkauf bei Kurt Neufeldt, Waldstraße, erhältlich.

Valuta-Bericht vom 28. Oktober

Die Mark notierte heute in der Schweiz zirka —.13½ Cts. Auszahlung Holland notierte etwa 1600 M per holl. Gulden. Schweiz notierte etwa 740 M per schw. Fr. England notierte etwa 18300 M per Pfd. Sterl. Frankreich notierte etwa 290 M per frz. Fr. Neuyork notierte etwa 4100 M per Dollar.

Wasserstand des Rheins

Schusterinsel 182, gef. 10; Kehl 285, gef. 10; Maxau 470 gef. 1; Mannheim 371, gef. 3 Zentimeter.

Aus dem Lande

Durlach

Vereinigte sozialdemokratische Partei. Auf die heute Montag abend 8 Uhr im „Schwanen" (gr. Nebenzimmer) stattfindende **Vertrauensmänner-Versammlung der VSP.** sei nochmals hingewiesen. **Sämtliche Bezirks- und Betriebsvertrauensleute,** ebenso auch die **Kandidaten zur Gemeindewahl** müssen unbedingt erscheinen. — Sämtliche noch ausstehenden **Zustimmungserklärungen der Kandidaten** müssen bis heute abend eingereicht sein.

Marktberichte. Der **Viehmarkt** vom letzten Mittwoch war mit 113 Kühen, 20 Kalbinnen, 25 Stück Rindvieh und 30 Kälbern befahren, die auch restlos verkauft wurden. Die Verkaufspreise für Kühe bewegten sich zwischen 90 000 M und 130 000 M, für Kalbinnen zwischen 80 000—100 000 M, für Rindvieh zwischen 40 000—60 000 M und für Kälber zwischen 15 000—20 000 M. Der **Schweinemarkt** vom letzten Samstag war mit 295 Läuferschweinen und 27 Ferkelschweinen befahren. Während die letzteren restlos verkauft wurden, konnte von den Läufern ein geringer Teil nicht abgesetzt werden. Die Verkaufspreise waren geradezu horrende. Es wurden bezahlt für ein Paar Läuferschweine 16 000—32 000 M, für ein Paar Ferkel 7800—10 000 M.

Baden-Baden

Parteiversammlung. Auf die am Dienstag, 31. Oktober, abends 8 Uhr, stattfindende Versammlung sei nochmals hingewiesen. Insbesondere wird das Erscheinen aller Funktionäre, Vorstandsmitglieder und Wahlkommissionsmitglieder dringend erwartet. Mitglieder sind ebenfalls willkommen.

Bruchsal

Aus dem Stadtrat

Die Frage der **Versorgung des minderbemittelten Teils der Einwohnerschaft mit Lebensmitteln** und Kleidungsstücken sowie mit Heizstoffen wurde vom Stadtrat eingehend erörtert mit dem Ergebnis, daß der Vorsitzende ermächtigt wurde, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen; es ist in Aussicht genommen, neben der Eindeckung durch den **Konsumverein** mit Kartoffeln auch durch die Stadt eine Notreserve zu schaffen, die namentlich dazu dienen soll, zur Frostzeit im kommenden Winter Familien, denen eine Eindeckung nicht möglich war, den notwendigsten Bedarf zu verschaffen. Die weitere Beschaffung von Reserven an Lebensmitteln, Brennstoffen und Kleidungsstücken soll im Benehmen mit dem Kommunalverband, der Ortskohlenstelle und Holzverteilungsstelle und dem Fürsorgeamt in die Wege geleitet werden. — Gegen einen hiesigen Einwohner, der die Schutzmannschaft beleidigt und bedroht hat, wird **Strafanzeige** erstattet. — Das städt. Verkehrsbüro wird ermächtigt, die noch vorhandenen **Adreßbücher** der Stadt zum Preise von 50 M pro Stück abzugeben. — Für die Einrichtung der neuen elektrischen **Feueralarmsirene** ist die Aufstellung eines Turmaufbaues auf dem Dach des Rathauses notwendig geworden; der hierzu erforderliche Aufwand wird dem Stadtbauamt bewilligt. — Ebenso wird dem Stadtbauamt ein **Kredit** bewilligt für die **Herrichtung der Schlittschuhbahn**; die Eintrittspreise für die Benützung derselben werden zu gegebener Zeit bekannt gegeben. — Zu der am 30. ds. Mts. stattfindenden Sitzung des erweiterten Ausschusses des **Badischen Städteverbandes,** in der Herr Oberbürgermeister Dr. Kutzer aus Mannheim einen Vortrag über die Finanznot der Städte halten wird, werden die Vertreter des Stadtrats ernannt. — Nach endgültiger Feststellung des Ortsstraßenplanes für die Friedhofstraße ist die **Veräußerung einiger Abschnitte städtischen Geländes** an der nördlichen Seite derselben möglich geworden; hierwegen soll mit den Hinterliegern in Verbindung getreten werden. — Das **Zinsenerträgnis der Külp-Stiftung** für 1922 wird nach dem Vorschlag des städtischen Fürsorgeamts vergeben. — Die im Bau befindlichen Wohnhäuser an der Württemberger-, Zollhallen- und Ritterstraße gehen ihrer Vollendung entgegen, sodaß die Wohnungen auf Ende dieses Jahres noch beziehbar werden. Das Stadtbauamt wird ermächtigt, diese Wohnungen zur Bewerbung auszuschreiben; die eingehenden Bewerbungen sollen sodann durch den Wohnungsausschuß geprüft werden. — In letzter Zeit sind von verschiedenen Vereinen und Vereinigungen Anträge an die Stadt wegen Ueberlassung von Räumen in städtischen Gebäuden gestellt worden; bei der großen Zahl solcher Gesuche ist es notwendig, daß eingehend geprüft wird, ob und in welchem Umfange denselben stattgegeben werden kann. Zu diesem Behufe wird eine stadträtliche Kommission bestellt, die dem Stadtrat Vorschläge unterbreiten soll.

Soziale Rundschau

Tagung für Wohnungsbau

In Magdeburg hat in den Tagen vom 26.—28. Oktober eine **Tagung für Wohnungsbau** stattgefunden. An der Tagung haben Vertreter von Reichs- und Landesbehörden sowie von Städten und Baugenossenschaften usw. aus allen Teilen Deutschlands teilgenommen. Bei den Verhandlungen kam die äußerst schwierige Lage, in der sich viele Städte und Baugenossenschaften infolge der ungeheuer gestiegenen Baukosten befinden, zum Ausdruck. Trotzdem dürfe aber die **Bautätigkeit nicht eingestellt werden,** da die Wohnungsnot ungeheuer groß ist und unbedingt bekämpft werden muß, wenn nicht unberechenbare Folgen entstehen sollen. Die Tagung fand ihren Abschluß in einer **großen Versammlung,** in der eine Entschließung angenommen worden ist, die u. a. die **Bereitstellung von weiteren Mitteln sowie von Baumaterialien für den Wohnungsbau** fordert und deren Inhalt kurz zusammengefaßt werden kann in den Satz: **„Rettet den Wohnungsbau"**

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Letzte Nachrichten

Die Beratungen mit der Reparationskommission

Die Vertreter der Reparationskommission, die am Samstag von Paris abgereist sind, werden am Montag vom Reichskanzler empfangen werden. Die offiziellen Verhandlungen sind erst für Dienstag in Aussicht genommen.

•

Die Reichsregierung hat sich in mehreren Besprechungen mit den notwendigen Vorbereitungen zur Ankunft der Reparationskommission eingehend beschäftigt. Ein deutscher Plan zur Stabilisierung der Mark wird der Reparationskommission wahrscheinlich nicht vorgelegt werden, da man in Berlin über das Programm und die speziellen Absichten der ausländischen Delegierten noch nicht genau unterrichtet ist. Immerhin aber wird das Kabinett einen Plan zur Stabilisierung der Mark ausarbeiten lassen, der sich nicht nur auf Maßnahmen im Inneren, insbesondere auf Maßnahmen vom Auslande beziehen wird.

Es erscheint nur angebracht, wenn die Regierung über die Grundlagen dieses in Vorbereitung befindlichen Planes strengstes Stillschweigen übt. Daß aber die Sozialdemokratie größten Wert auf die Verwertung ihrer Vorschläge in diesem Plane legt, ist selbstverständlich. Es gibt einfach, soweit Maßnahmen im Innern angebracht erscheinen, vorläufig keine anderen Schritte als die von uns vorgeschlagenen, die wenigstens zu einer Eindämmung der Währungskatastrophe führen können. Darüber hinaus sind wir uns klar, daß ein Erfolg aller Stabilisierungsmaßnahmen im Innern letzten Endes von dem Maß der Hilfe des Auslandes abhängt. Bei den kommenden Verhandlungen muß deshalb die Reichsregierung unter Hinweis auf unsere katastrophale Lage ihr Hauptziel vor allem darin sehen, eine Anleihe zu erreichen, die sicherlich nicht ohne gebührende Sicherheiten zu haben sein wird. Förderlich für den Gang der Verhandlungen mit der Reparationskommission kann es nur sein, wenn sich die Reichsregierung von vornherein auch auf ein evtl. Angebot von Sicherheiten einstellt, zumal innerhalb der Reparationskommission der Gedanke einer mehrjährigen Atempause und der Gewährung einer Anleihe Boden gefaßt hat.

Die neuen Getreidepreise

Das Gesetz zur Abänderung des Getreidegesetzes ist inzwischen veröffentlicht worden; es sieht eine Erhöhung der Preise für das erste Drittel der Umlage, für Roggen auf 28 300 M, für Weizen auf 30 300 M, für Gerste auf 27 300 M, für Hafer auf 25 500 M die Tonne vor, also rund eine Vervierfachung des bisherigen Preises. Des weiteren sind in dem Gesetz die Ablieferungsfristen für das 2. und 3. Drittel der Umlage dahin geändert worden, daß bis zum 31. Dezember 1922, bis zum 31. Januar, 28. Februar, 15. April 1923 je ein weiteres Sechstel der Umlage zu liefern ist und daß für jedes dieser Sechstel der Preis nach dem im Gesetz vom 4. Juli 1922 für die beiden letzten Drittel der Umlage angeordneten Verfahren festgesetzt wird. Endlich ist die in dem Gesetz vom 4. Juli 1922 vorgesehene Möglichkeit zur Ablösung der Ablieferungspflicht von Originalsaatgut durch einen Geldbetrag ausgedehnt worden auch auf anerkanntes Saatgut für die Frühjahrsbestellung.

•

Berlin, 28. Okt. Wie der Zweckverband der Bäckermeister Großberlins mitteilt, kostet vom 30. Oktober ab das markenfreie Brot 300 M.

Vom deutsch-nationalen Parteitag

WTB. Görlitz, 28. Okt. Der deutschnationale Parteitag wurde heute geschlossen, nachdem u. a. eine Resolution angenommen worden war, die vom Reiche, den Ländern und den Parlamenten stärkere Schutzmaßnahmen zugunsten des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes fordert, dessen Schutz in der Reichsverfassung feierlich verbrigt sei. Die Resolution richtet sich weiter gegen eine etwa beabsichtigte Wiedereinführung der Zwangswirtschaft. Angenommen wurde ferner eine Resolution, wonach die Bildung einer großen Rechten das Ziel der Partei bleibt. Bis dahin müsse der Vereinigten Sozialdemokratie gegenüber ein Zusammenschluß aller bürgerlichen Elemente das Gleichgewicht bilden. An der Wiederaufrichtung des Vaterlandes mitzuarbeiten sei die Partei auch auf dem Boden der gegenwärtigen Staatsform allzeit bereit.

Deutsch-französischer Aufbauvertrag

WTB. Paris, 28. Okt. Der Aktionsausschuß für die zerstörten Gebiete veröffentlicht den Wortlaut eines Abkommens, das zwischen ihm und dem sozialen Bauverband am 21. Oktober abgeschlossen worden ist. Das Abkommen umfaßt 16 Artikel. Es verbietet jeden Gewinn, der sich nicht mit den Interessen der Bewohner der zerstörten Gebiete oder mit den Interessen des deutschen und französischen Volkes vereinbaren läßt. Die Sachleistungen beziehen sich auf die Lieferung von Materialien und auf die Stellung von deutschen Arbeitskräften, die unter Umständen nötig werden können. Deutscherseits ist das Abkommen unterzeichnet von Päylow und dem Abg. Silberschmidt.

Schriftleitung Georg Schöpflin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Kadel, für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Herm. Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisele, für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle: Alois Zeitler, led., Schreiner, alt 68 Jahre; Katharina Schwarz, alt 61 Jahre, Witwe des Handschuhmachers Karl Schwarz.

Bis zu 4 Zeilen Mk. 10.— die Zeile **Vereinsanzeiger** Bei 5 und mehr Zeilen Mk. 14.— die Zeile
(Vergnügungsanzeigen finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme)

Weingarten. (Sozialdem. Verein.) Dienstag den 31. Oktober, abends ½8 Uhr, Parteiversammlung im Rößle. Der Vorstand.

Der heutigen Postauflage unseres Blattes liegt ein Prospekt der „Berliner Illustrierten Zeitung" bei, den wir der Beachtung empfehlen. (1899

Die Beleidigung gegen Frau A. Moser wird hierdurch zurückgenommen.
B. Fenner.

Ankauf
Alt-Gold-, Silbergegenstände, Platin, Gebisse
p. Zahn 350 m. und mehr
Ziegler, Akademiestraße 26. Telephon 321.

Felle!
Kanin
Hasen
Ziegen
Maulwürfe
Katzen
Marder
Füchse
Tierhaare
Menschenhaare
kaufen und zahlen die höchsten Tagespreise
Lupolianski & Cie. Marienstr. 13, 2. Hof Telephon 1446.

Gut und billig kaufen Sie Ihre **Gardinen** im Etagengeschäft
Frau M. Becker, Adlerstrasse 1 II.

Dienstag von 10 bis 6 Uhr werden **Gebisse** gekauft, zahle für den **Zahn 300 u. 350 M.**
Karlstr. 37, part. A. Weineck.

In 30 Minuten Ihr Paßbild nur im Photogr. Atelier Kaiserstraße, Eing. Adlerstr.

Schuhwaren aller Art (Gelegenheitskäufe) offeriert billigst
An- und Verkaufs-Geschäft Glotzer, Zähringerstrasse 53 a.

Badisches Landestheater.
Montag, den 30. Oktober, 6½—10½ Uhr, M. 130.—
Volksbühne L 1 **Wilhelm Tell.**

Die Banken und Bankiers an den Börsenplätzen übernehmen infolge Arbeitsüberhäufung keine Verantwortung für pünktliche Ausführung von Börsenaufträgen mehr.
Im Einklang mit anderen Bankenvereinigungen sehen sich daher auch die der unterzeichneten Vereinigung angehörigen Firmen gezwungen, diese Verantwortung ihrer Kundschaft gegenüber abzulehnen.
Sie werden jedoch bemüht sein, soweit es im Bereich der Möglichkeit liegt, den Wünschen ihrer Kundschaft gerecht zu werden.
Karlsruhe, den 28. Oktober 1922.
Karlsruher Bankvereinigung.

„Goldener Ochsen"
Kaiserstraße Nr. 91.
Mittagessen in und außer Abonnement.
Prima spanische Weine
ff. Schrempp-Biere.

Die städtische Badeanstalt
Vierordtbad
bleibt wegen Brennstoffersparnis bis auf Weiteres ab Montag, den 30. Oktober 1922 jeweils
Montags u. Dienstags geschlossen.

Schlupfer, Ulster,
Ueberzieher, Anzüge, Hosen und Schuhwaren aller Art (Gelegenheitskauf) kaufen Sie noch sehr preiswert bei
Glotzer, Zähringerstr. 53 a.

Arbeiter! Werbet für den „Volksfreund."

Damenhüte
in billigen Preislagen
L. Weingand, Mühlburg.

Welschneureut.
Zum 1. November d. J. wird für die Besorgung des „Volksfreund" am hiesigen Platz eine
zuverlässige Person
gesucht. Bewerber(innen) wollen sich alsbald bei Herrn M. Durand, Hauptstr. 21, melden.

Malsch.
Zum 1. November ds. Js. wird für die Besorgung des „Volksfreund" am hiesigen Platze eine
zuverlässige Person
gesucht. Bewerber(innen) wollen sich alsbald bei Herrn Lorenz Reichert, Rendorfstraße, melden.

Durlacher Anzeigen.

Brotversorgung.

Der Verkaufspreis für Brot und Mehl auf Marken wird mit Wirkung vom 30. Oktober ds. Js. ab wie folgt festgesetzt:
für einen großen Laib Brot (1500 gr) auf 74 Mark,
für einen kleinen Laib Brot (750 gr) auf 37 Mark,
für ein Pfund Brotmehl 27 Mark.

Durlach, den 28. Oktober 1922. 3024
Kommunalverband Durlach-Stadt.

Bruchsaler Anzeigen.

Die Höchstpreise für das rationierte Brot und Mehl betragen vom 30. ds. Mts. ab: 3025

für den großen Laib Brot (1500 Gramm)	72.— M.
„ „ kleinen „ „ (750 „)	36.— „
„ ein Pfund Roggenmehl	23.50 „
„ „ „ Weizenmehl	24.80 „

Kommunalverband Bruchsal-Stadt.

Baden-Baden.

Infolge verminderter Anfuhr muß die Brennholzabgabe vom Holzhof bis auf weiteres gesperrt werden. 3026
Kohlenstelle.

Offenburger Anzeigen.

Städtische Bäder.

Infolge der hohen Preise für alle Betriebsmaterialien, insbesondere Kohlen, müssen die Badetaxen mit sofortiger Wirkung weiter erhöht werden. Sie betragen künftig:

A. Ehemaliges Bad Ries, Wasserstraße 10:

Wannenbad	M. 60.—
Fichtennadelbad	„ 80.—
Kohlensäurebad	„ 165.—
Fußbehandlung	„ 45.—
Vollmassage ohne Bad	„ 90.—
„ mit Bad	„ 150.—
Teilmassage	„ 45.—
Badesalz	„ 25.—
Fichtennadelextraktleiten einzeln verabfolgt	„ 20.—

B. Volksbäder im Knaben- und Mädchenschulhaus:

Wannenbad	M. 30.—
Brausebad	„ 10.—

Offenburg, den 27. Oktober 1922. 3021
Stadtrat.

Volks-Buchhandlung
der Sozialdem. Partei befindet sich
Karlsruhe, Adlerstrasse 16,
Telephon 3701.

Baden-Baden

Rheinische Creditbank

Filiale Baden-Baden.

Telephon: 1130 — 1190 — 1580 — 1581 — 1582 — 1584 — 1585.

Süddeutsche Diskonto-Gesellschaft A.-G.
Filiale Baden-Baden
Luisenstraße 3 (gegenüber der Trinkhalle).

Bankhaus Carl T. Hermann & Co.
Sofienstraße 6. Telephon 101 u. 704.

Karl J. Kessel Baden-Baden
Sofienstr. 22, Tel 609.
Kaufm. Sachverständiger u. Treuhänder
Vermögens- und Nachlassverwaltungen. — Immobilien und Hypothekenvermittlung. — Auskünfte. — Versicherungen.

Detektiv Rulo Baden-Baden
Ludwig Wilhelmstrasse 22 — Welt-Auskunftei
Ermittelungen jeder Art
Reell 348 Telefon 348 Diskret

SPEZIAL-
HUT-GESCHAEFT
KARL BEHRLE
LANGESTR. 14 TELEPH. 892

Färberei u. Chemische Waschanstalt
Friedrich Thomas (Gegründet 1872).
Sofienstrasse 21, Baden-Baden.
Beurenstrasse 10, Tel. 708, Baden-Lichtenthal.

Hotels, Restaurants, Café u. Vergnügen

Hotel „Europäischer Hof"

„Kurhaus - Restaurant"
Weingroßhandlung.
Zweiggeschäft:
Städtisches Merkur-Restaurant.

Brenners Stephanie-Hotel

Hotel Russischer Hof
Haus I. Ranges
das ganze Jahr geöffnet
Im Quellenhof (Erdgeschoß):
ALTE BADISCHE WEINSTUBE
„Im süssen Löchel"
Spezialität: Bad. Landweine vom Faß
Bekannt durch Küche und Keller

HOTEL ATLANTIC
an der Lichtenthaler Allee
Fließende Wasser — Bäder — Appartements

REGINA-HOTEL
P. KEPPELER
VORNEHMSTES FAMILIEN-HOTEL

HOLLAND-HOTEL
das erstklassige Familien-Hotel
Geöffnet vom 1. März bis 1. Dezember.

HOTEL DREI KŒNIGE
Südlage. Nähe des Kurhauses und der Kur-Anlagen. Neuzeitlich eingerichtet. Centralheizung. Das ganze Jahr geöffnet.
L. August Hoffmann.

Hotel Schwarzwaldhof
Wein- und Bier-Restaurant. Gut bürgerl. Haus
In nächster Nähe der Bade-Anstalten
Telephon Nr. 9 A. Wändele.

Hotel und Badhaus
„Zähringer Hof"
Vornehmes, behagl. Familienhotel, Thermalbäder
— Grosser Park —

Badhotel „Badischer Hof,
Telephon 51. Telegr.-Adr.: „Badhof".

Hotel Müller, in bester Lage, 7 Minuten v. Bahnhof, nächst Kurhaus und Anlagen, jeder mod. Comfort. Mässige Preise. Ganzjährig geöffnet.

Central-Hotel Grosse moderne Säle z. Abhalten v. Hochzeiten in nächster Nähe der Bäder-Inhalation. Konversationshaus. Das ganze Jahr geöffnet. Telephon 53 Baden-Baden. PH. LIEBLICH.

Trocadero-Künstler-Spiele Baden-Baden

Saalbau-Theater Lichtenthalerstr. 50

Geschäftliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer-Fahrplan

C. Musterschutz

Möbelhaus Kaiserhof
Baden-Baden, Sofienstrasse 22
Billigste Bezugsquelle in Wohnungs-Einrichtungen, Teppichen, Möbelstoffen, Gardinen

Partiewarenhaus Jos. Götzel
Herren- und Damenbekleidung, Wäsche, Stiefel zu bekannt billigen Preisen.

Karlsruhe Reichsstrasse — **Herrenalb** und **Brötzingen.**

	W	F	W				°	W	W	W	W	F	°	W	F
Karlsruhe Reichsstrasse ab	6^{21}	6^{31}	7^{50}	9^{16}	12^{24}	1^{10}	2^{16}	3^{17}	4^{00}	4^{26}	4^{32}	6^{02}	7^{40}	8^{22}	9^{14}
Ettlingen Holzhof . . . ab	7^{26}	7^{16}	8^{25}	9^{41}	12^{58}	1^{28}	3^{20}	3^{41}	4^{20}	4^{51}	5^{12}	6^{23}	8^{10}	8^{53}	9^{45}
Ettlingen Waldkol. (Hp)* ab	W 7^{07}	7^{15}	|	9^{48}	W 12^{37}	W 2^{00}	W 3^{25}	3^{49}	4^{30}	4^{56}	5^{17}	|	W 8^{12}	8^{55}	|
Spinnerei (Hp) . . . . ab	7^{19}	7^{29}	8^{37}	9^{48}	1^{04}	2^{08}	3^{27}	3^{48}	4^{37}	5^{01}	5^{22}	6^{32}	8^{17}	9^{00}	9^{52}
Busenbach . . . . . ab	7^{30}	—	—	—	1^{15}	—	3^{32}	—	—	5^{19}	—	6^{40}	8^{31}	—	—
Reichenbach . . . . ab	7^{37}	—	—	—	1^{26}	—	3^{46}	—	—	5^{26}	—	6^{54}	8^{42}	—	—
Langensteinbach . . ab	7^{46}	—	—	—	1^{36}	—	3^{55}	—	—	5^{33}	—	7^{21}	8^{52}	—	—
Spielberg (Hp)* . . ab	7^{54}	—	—	—	1^{43}	—	4^{01}	—	—	5^{42}	—	7^{10}	8^{54}	—	—
Ittersbach . . . . . ab	8^{07}	—	—	—	2^{17}	—	4^{13}	—	—	6^{15}	—	7^{20}	9^{05}	—	—
Dietlingen . . . . . ab	8^{04}	—	—	—	2^{24}	an	—	—	—	7^{22}	—	8^{33}	an	—	—
Brötzingen Nebenb. . an	8^{08}	—	—	—	3^{19}	—	—	—	—	7^{23}	—	[illegible]	—	—	—
Busenbach . . . . . ab	—	7^{36}	8^{54}	9^{48}	—	2^{08}	—	3^{38}	4^{41}	—	5^{38}	6^{57}	—	9^{07}	9^{52}
Etzenrot . . . . . ab	—	7^{31}	8^{40}	10^{05}	—	2^{14}	—	3^{38}	4^{48}	—	5^{41}	6^{55}	—	9^{12}	10^{01}
Spielberg-Schöbbrown . ab	—	7^{28}	8^{48}	10^{08}	—	2^{16}	—	4^{00}	4^{44}	—	5^{49}	[illegible]	—	9^{22}	10^{22}
Marxzell . . . . . ab	—	7^{47}	8^{28}	10^{16}	—	2^{31}	—	4^{14}	5^{09}	—	6^{07}	6^{29}	—	9^{22}	10^{17}
Frauenalb-Schielberg . ab	—	7^{57}	9^{05}	10^{30}	—	2^{40}	—	—	5^{11}	—	6^{07}	7^{17}	—	9^{37}	10^{25}
Herrenalb . . . . . an	—	8^{06}	9^{14}	10^{36}	—	2^{49}	—	—	5^{20}	—	6^{18}	7^{16}	—	9^{56}	10^{32}

W Wochentags. F Sonn- u. Feiertags.
* Bis 31. Okt. täglich, v. 1. Nov. nur Werkt.
° Bis 31. Okt. täglich, v. 1. Nov. nur Feiert.

Rheinboldt-Haus Baden-Baden
Inh.: Erich Batschari
Aeltestes und größtes Spezialhaus Badens für Cigarren Cigaretten Rauchtabake
Man verlange Preisliste!
Für Wiederverkäufer günstigste Sonderpreisliste.

Grösstes Partiewarengeschäft, billigste Bezugsquelle für Herren- und Damen-Kleider, Schuhwaren
E. Rossbusch
Büttenstrasse 7.

Grüne Sohlen „Marke Goliath", Echtes Kernleder, dreifach haltbar, wasserdicht. Maag, Hirschstr 10, Schuhmachermeister.

Garage Brüderlein
Inh.: Georg Heller.

Kleidung Schuhe Putz

Eduard
Telef. 1082 B.-B
Herren- u. Knaben-Konfektion, Herren-Artikel

Geschwister Knopf
Grösstes Kaufhaus am Platze

Jos. Meermann
Gernsbacherstr. 13 u. 15 Tel. 770
Weiß-, Woll- und Modewaren.

C. F. KOPF
Langestraße 8 — Telephon 266
Spezialhaus f. Gardinen
Anfertigung nach Angabe.

Ludwig Finzer Lichtentalerstrasse 3
Wäschehaus für Damen und Herren.
Eigene Werkstätten Aussteuern.

Albert Fromherz Manufaktur Modewaren Konfektion.

Fridolin Weißhaupt Langestr. 29
Herrenkonfektion u. Maßarbeit.

Modehaus Gebr. Schmidt
Damenkonfektion, Kleiderstoffe, Seidenstoffe

Carl Beck, Wilhelmstraße 4
Manufaktur- und Modewaren
Aussteuer-Artikel Herren-Anzugstoffe

Telephon Nr. 109 **E. JACOBY** Sofienstr. 14
Erstes Haus für Damen-Moden.

Kleiderstoffe, Seidenstoffe, Damenkonfektion
E. Lorentz, Lichtentalerstraße 25

Joh. Schnürle, Langestraße 50
Schuhwaren Mass und Reparaturen.

Schuhhaus Karl Groß
Baden-Baden, Weststadt
empfiehlt sein reichhalt. Lager zu billig. Preisen

Genuß- und Lebensmittel, Zigarren

Kaufhaus Jos. Huck
12 Langestraße 12
Billigste und beste Bezugsquelle für alle Artikel des täglichen Bedarfs.

Telephon 18 u. 1524 **Adolf Kaufmann** Inselstr. 4
Fisch-, Wild- und Geflügelhandlung.

Leo Kah, Metzgerei u. Wurstfabrik
Langestraße 29 Telephon 10.

Ameleuxen, Langestr. 31
Spezialgeschäft feiner Fleisch- u. Wurstwaren

Gute Zigarren, Zigaretten, Tabake und Kolonialwaren finden Sie bei
L. Nast, Seilerstr. 2.

A. Walter
Landesprodukten-Großhandlung.

Friedrich Werzinger
Maria-Viktoria-Strasse 35
An- und Verkauf von Automobilen u. Reparaturen

Joseph Sucher
41 Langestr. 41
Telephon 904
Kolonial-Delikatesswaren.

PIANOS
Mässige Preise
Hermann
Langestr. 58 Tel. 473

Allgemeines

Kaufhaus Emil Nachmann
Gernsbach (Baden)
Billigste Bezugsquelle für
Manufaktur, Weißwaren, Herren- und Damenkonfektion
Möbel, sämtliche Aussteuerartikel sowie

W. Seyfarth
Tapetenfabrik und Versandhaus
Gernsbach (Murgtal)
Man verlange von seinem Maler- und Tapeziermeister meine Musterkarte.

Rud. Heilenmann, Sofienstr. 3a
gegenüber der Reichspost am Leopoldplatz.
Spezial-Haus feiner Herren-Moden.

Josef Schneidenberger, Langestr. 20
Schuhwaren. Eigene Werkstätte.

Gustav Weber vormals Otto Dieterle & Cie.
Baden-Lichtental
Baugeschäft, Sägewerk, Holzhdlg., Innen-Dekoration

Ettlingen
A. Streit Manufaktur Modewaren

Joh. Seiter, Ettlingen
Hut-, Mützen-, Schirm- und Sport-Artikel

BADEN-BADEN
August Frey, Inh.: Jos. Frey, Brennmaterialienhandlung. Tel. 79

Stella-Lagermetall
in 6 Qualitäten
Verlangen Sie gratis Prospekt.
Stella A.-G., Ods.

Brennmaterial sparen
Kachelöfen, Kachelherde
von Carl Roth Nachf. (E. Löw) Ods.

Wahlmann & Ebert
Baden-Geroldsau
Dampfsägewerk und Holzhandlung.

Sägewerke Baden-Baden
G. m. b. H.
Baden-Baden-Geroldsau
— Telephon 268. —